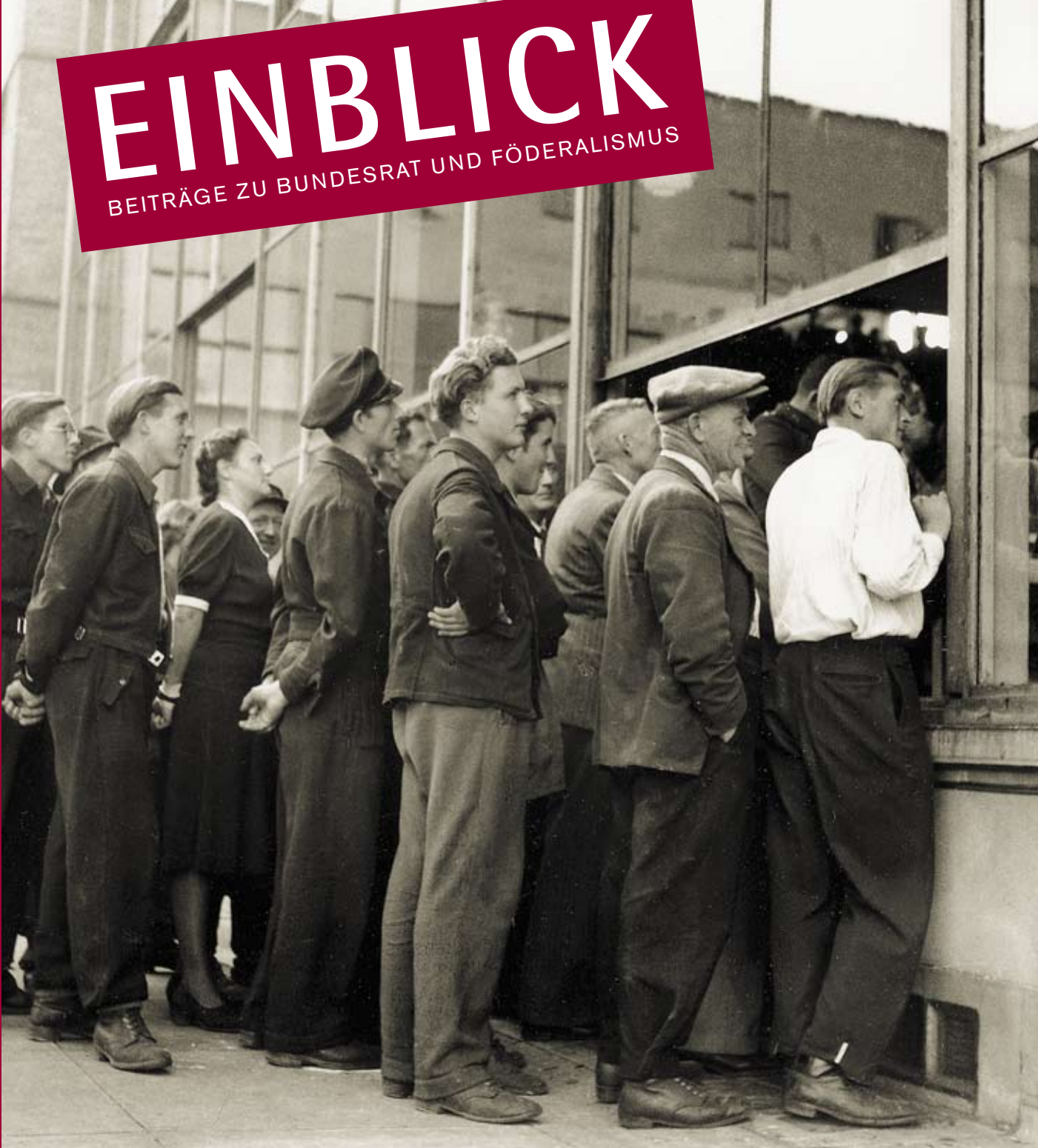


Teamgeist auf  
dem Rittersturz

Die demokratische 9

# EINBLICK

BEITRÄGE ZU BUNDES RAT UND FÖDERALISMUS



Bundesrat

Hoffnungsvoller  
Blick in die Zukunft:  
Zuschauer der ersten  
Sitzung des Parla-  
mentarischen Rates  
in Bonn 1948



## Halt, hier Grenze!

Sie teilte Landstriche und Ortschaften – die innerdeutsche Grenze. 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ein Blick auf das Vorher und Nachher. Ein häufig überraschender Perspektivenwechsel.



## Eine Nationalelf entdeckt den Teamgeist

Vor 60 Jahren mussten die Ministerpräsidenten der Länder zusammenhalten – und einen Staat gründen. Die Geschichte der Bundesrepublik beginnt in einem Hotel in Koblenz.



## Die letzte Flasche Johannisbeerwein

Fünf Brüder suchen ihren eigenen Weg in einem geteilten Land, eine Mutter bleibt zurück. Der ganz normale Ausnahmezustand einer deutschen Familie nach 1945.



## Kleiner Staat, große Oper

In Deutschland stehen fast so viele Opernhäuser wie im Rest der Welt zusammen. Warum das so ist und was Kultur mit Föderalismus zu tun hat – eine Reise zu den staatlichen Bühnen der Bundesrepublik.



## Grenzgänge

1975 stimmten die Einwohner der Landkreise Vechta und Cloppenburg dafür, das Land Oldenburg wiederherzustellen. Obwohl sie eigentlich gar keine Oldenburger sind. Eine Erkundung.



## Das rote Sachsen

Vor 90 Jahren wurde über dem Dresdner Schloss die rote Fahne gehisst, im ganzen Land entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Die deutsche Revolution fand auch in den Ländern statt.

## Liebe Leserinnen und Leser,

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland – das klingt nach Normalität, und so fühlt es sich auch an. Grundrechte wie Meinungs-freiheit oder Freizügigkeit sind für uns selbstverständlich, ebenso wie ein Leben ohne die Bedrohung durch Krieg oder Vertreibung. Doch wie normal ist normal? Nicht wenige Menschen in Deutschland können sich noch an die Zeit vor 1918 erinnern, haben in ihrem Leben fünf Staatsformen kennen gelernt: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den NS-Staat, die DDR und schließlich die Bundesrepublik. Normal ist für sie einzig der Wandel, und was einem in der Bundesrepublik Geborenen als unerschütterliche Normalität erscheint, mag für sie ein flüchtiges und gefährdetes Gut sein – ein Gefühl, das sie mit vielen Menschen teilen, die aus unsichereren Weltgegenden zu uns geflohen sind.

Wir verbinden diese Normalität mit klaren Orten und klaren Daten, die es dieses Jahr zu feiern gilt: die Verabschiedung des Grundgesetzes in Bonn am 23. Mai 1949, der Fall der Mauer am 9. November 1989 in Berlin.

Doch es jähren sich auch zwei andere wichtige Stationen auf dem Weg zu unserem heutigen Staat: die Paulskirchen-verfassung von 1849 und die 1919 in Weimar beschlossene Verfassung. Ohne diese Vorläufer wäre das Grundgesetz kaum denkbar – diese Daten erinnern daran, dass in Deutschland lange gestritten und gekämpft werden musste, bis Demokratie und Einheit für uns zur Normalität wurden. Und das nicht nur in den Zentren, sondern im ganzen Land.

Der „Einblick“ will in dieser Jubiläums-Ausgabe den Blick daher nicht nur auf die zentralen Ereignisse vor 60 Jahren richten, sondern auch auf Momente und Orte, die scheinbar neben ihnen liegen. Christoph Seils erzählt, wie im Jahr 1919 nicht nur in Berlin um einen neuen Staat gekämpft wurde, sondern auch in Dresden (ab Seite 52). Gerald Koll beschreibt die entscheidende Rolle, die die Ministerpräsidenten 1948 auf dem Weg zur Staatsgründung ein Jahr später spielten (ab Seite 12), und Felix Zimmermann spürt im Norddeutschen Flachland dem Land Oldenburg nach, das noch bis in die siebziger Jahre hinein sein Eigenleben nicht ganz aufgeben mochte (ab Seite 46). Diese Geschichten sind es, die erklären, wie Deutschland zu dem Gleichgewicht zwischen Bund und Ländern gefunden hat, zu seiner speziellen Form der Einheit, die unseren Staat heute ebenso stabil – und normal – macht wie seine demokratische Tradition.

Viel Spaß und viele Erkenntnisse beim Lesen wünscht Ihnen

Dirk Brouër  
Direktor des Bundesrates



- 
- |   |   |   |
|---|---|---|
| <b>04 Die demokratische 9</b><br>Bedeutung einer Jahreszahl für die deutsche Geschichte                           | <b>22 Es muss demokratisch aussehen</b><br>60 Jahre DDR – aus Ländern wurden Bezirke. Warum eigentlich? | <b>42 Der umstrittene Feiertag</b><br>Auch die Italiener gaben sich nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Verfassung |
| <b>06 Halt, hier Grenze!</b><br>Innerdeutsche Ansichten damals und heute  | <b>26 Die letzte Flasche Johannisbeerwein</b><br>Geschichte einer deutschen Familie                     | <b>46 Grenzgänge</b><br>Auf der Suche nach der hannoversch-oldenburgischen Grenze                                   |
| <b>12 Eine Nationalelf entdeckt den Teamgeist</b><br>Von der Rittersturzkonferenz zur Gründung der Bundesrepublik | <b>32 Kampf um die Kapitale</b><br>Bonn oder Frankfurt? Protokoll einer umstrittenen Entscheidung       | <b>50 Eine Frage des Volkswillens</b><br>Wie Länder entstehen – oder auch nicht                                     |
| <b>20 Eltern aus ungeordneten Verhältnissen</b><br>Sie machten die Bundesrepublik möglich – drei Biografien       | <b>35 Fließen, Blühen, Springen</b><br>Was das Landeswappen von Nordrhein-Westfalen erzählt             | <b>52 Das rote Sachsen</b><br>Die Novemberrevolution 1918 und die Gründung des Freistaates                          |
|   | <b>36 Kleiner Staat, große Oper</b><br>Kulturelle Herausforderung im Bundesstaat                        | <b>58 Wer beschließt wie?</b><br>Die deutschen Verfassungsorgane stimmen ab – aber wie genau?                       |
|   |   | <b>59 Impressum</b>   |

# Die demokratische 9

Gut zu merken: Immer in Jahren mit einer 9 ging es in Deutschland um drei große Begriffe: Einigkeit, Recht und Freiheit.

## 1849 \_ Eine Verfassung ohne Glück

Am 23. Juli 1849 fiel die letzte Bastion der badischen Revolutionäre. Preußische Truppen eroberten die Bundesfestung Rastatt, und der Versuch, die erste demokratische Verfassung auf deutschem Boden durchzusetzen, endete dort, wo er etwas mehr als ein Jahr zuvor begonnen hatte: im deutschen Südwesten.

1848 fegte aus Richtung Paris ein Wind der Freiheit durch Europa. Statt Fürstenwillkür und Kleinstaaterei sehnte man sich nach nationaler Einheit, Bürgerrechten und Selbstbestimmung. Überall brachen in diesem März Aufstände los, in Baden marschierten die Revolutionäre unter Hecker auf Karlsruhe, in Berlin kam es zu Barrikadenkämpfen. Die Landesfürsten sahen sich gezwungen, nachzugeben: Liberale Kabinette wurden berufen, erste Reformen wie Bauernbefreiung und Pressefreiheit durchgeführt. Und vor allem: Die Deutschen wählten eine verfassungsgebende Nationalversammlung, die in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat. Sie hatte zwei wichtige Ziele: die Schaffung eines geeinten Deutschlands und eines Rechtsstaates, der die Freiheit der Bürger garantierte. Aber was bedeutete „geeint“ für Deutschland? Aus der ursprünglichen Idee für einen stark föderal geprägten Bund wurde im Verlauf der zähen Verhandlungen ein zentralistisch orientierter

Entwurf, in dem den Ländern vornehmlich die Aufgabe der Verwaltung zukam. Eine Idee, die mit stolzen Staaten wie Österreich, Preußen, Sachsen, Bayern oder Hannover nicht zu machen war. Sie verweigerten der Verfassung dann auch die Billigung, obwohl das Parlament sie am 27. März 1849 mit knapper Mehrheit angenommen hatte.

Endgültig scheiterte das Werk, als der preußische König die ihm angetragene Krone von Volkes Gnaden ablehnte. Das Ziel der Einigung haben die Verfassungsväter zwar verfehlt, doch die in der Paulskirche erarbeiteten rechtsstaatlichen Grundsätze wirkten weiter – die erstmals auf Deutsch formulierten Grundrechte finden sich in ähnlicher Form noch in unserem Grundgesetz.



Eröffnung der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848

## 1919 \_ Von Räterepubliken zur Präsidialregierung

70 Jahre später: Wieder tobte die Revolution durch Deutschland. In Wilhelmshaven und Kiel gingen im Herbst 1918 die Matrosen auf die Barrikaden, es folgten Streiks, Räteregierungen und blutige Straßenschlachten. In Berlin wurde das Feuer erst im Januar 1919 eingestellt. Da standen deutsche Männer und Frauen bereits landesweit vor den Wahllokalen, um die Zusammensetzung einer neuen Nationalversammlung zu bestimmen – wieder ging es um eine demokratische Verfassung für Deutschland. Nach der Kapitulation und dem Abgang des Kaisers schien die Zeit reif für einen Neubeginn. Die Parlamentarier zogen dann erstmal nach Weimar um – in Berlin war die Lage einfach zu brisant. Was folgte, war ein politisches Tauziehen um die alte Frage: Föderalismus mit starken Ländern oder doch lieber Zentralstaat? Während die Länder im verblichenen Kaiserreich noch souveräne Staaten, zum Teil mit eigener Armee, waren, schlug das Pendel nun in die andere

Richtung aus: Deutschland blieb zwar Bundesstaat, allerdings lag das politische Gewicht nun in erster Linie bei der Zentralregierung. Und dann der Notverordnungs-Paragraph 48: Mit seiner Hilfe konnte der Reichspräsident ein unbotmäßiges Land mit Waffengewalt übernehmen und kommissarisch regieren. Auf diese Weise wurde etwa 1932 die Regierung Preußens ausgeschaltet. Derselbe Artikel gab dem Präsidenten auch das Recht, in einer Gefahrensituation am Reichstag vorbei mit Notverordnungen zu regieren – Diktaturrecht in einer parlamentarischen Demokratie. Präsidialregierungen ebneten gegen Ende der Republik den Weg für den Einzug des Nationalsozialismus, die teilweise links regierten Länder hatten der zentralen Macht nichts entgegenzusetzen. Nach 14 Jahren war die Weimarer Republik am Ende – dennoch: Erstmals hatte Deutschland als Republik und Rechtsstaat existiert, der die persönliche Freiheit des Einzelnen garantierte.

## 1949 \_ Ein Provisorium für die Ewigkeit

53 gegen 12 Stimmen. Damit war am 8. Mai 1949 das Grundgesetz im Parlamentarischen Rat angenommen, am 23. Mai des selben Jahres trat es in Kraft. „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ So stand es in der neuen Verfassung, wobei man eben diesen Begriff absichtlich vermied. Die Väter der Bundesrepublik wollten die Tür für eine Vereinigung Deutschlands offenhalten und zogen daher ein Provisorium vor – eines, das bis heute seinen Zweck gut erfüllt: das Grundgesetz. Nach den schlechten Erfahrungen in Weimar wurde den zentralistischen Bestrebungen der beiden Vorgängerverfassungen mit dem Artikel 79 ein Riegel vorge-schoben. Dieser schützt das Bundesstaatsprinzip, die Gliede-rung der Länder und deren Mitwirkung an der Gesetzgebung sind unantastbar. Damit einher geht eine starke Position des Bundesrates; eine einseitige Bündelung der Macht wie in Wei-mar wurde so ausgeschlossen, die Macht im Staat auf Bund

und Länder verteilt. Das Konzept stellte sich als überaus solide heraus, die Republik im Westen Deutschlands hatte Bestand. Ganz anders im Osten. Die DDR erhielt ihre erste Verfassung ebenfalls 1949 – doch schon 1968 gab es eine runderneuerte Fassung. Zu sehr wich die repressive und zentralistische Politik der Staatsführung von den ursprünglich formulierten Vorsät-zen ab, die Diktatur brauchte Legitimation auf dem Papier. Schon die Verwaltungsreform von 1952 hatte die Länder in bloße Regierungsbezirke aufgeteilt, alle Macht ging jetzt von Ostberlin aus (siehe Seite 22). 1974 dann die dritte Verfas-sung: Erstmals tilgten die Mächtigen sämtliche Hinweise auf das Anstreben einer Wiedervereinigung, angesichts des Kal-ten Krieges erschien der deutsche demokratische Gesamtstaat immer unwahrscheinlicher. Doch schon 15 Jahre später hatten sich die politischen Verhältnisse grundlegend geändert.

## 1989 \_ Glück ohne eine Verfassung

Der 9. November 1989 – ein Datum der kollektiven Erinne-rung: Weil tatsächlich passierte, was niemand für möglich gehalten hatte. „Die ständige Ausreise kann über alle Grenz-übergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfol-gen“, ließ Günter Schabowski, Mitglied des DDR-Politbüros, am Abend auf einer Pressekonferenz verlauten. Damit war die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten erstmals für alle geöffnet. Und das war erst der Anfang. Denn jetzt war der Weg frei, endlich das zu verwirklichen, was in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik als Ziel festgeschrieben war: Die Wiedervereinigung. Eigentlich der richtige Zeitpunkt für einen neuen Verfassungsentwurf, oder? Artikel 146 zufolge sollte das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tag verlie-ren, an dem eine vom deutschen Volk in freier Abstimmung beschlossene Verfassung in Kraft treten würde. Nach dem Mauerfall hätte also ein gemeinsamer Volksentscheid in Ost und West anstehen können. Aber es gab ja auch Artikel 23: Diesem zufolge sollte das Grundgesetz nach dem Beitritt der anderen Teile Deutschlands zur Bundesrepublik Gültigkeit für Gesamtdeutschland erhalten. Was sprach also für die letztlich umgesetzte zweite Variante? Am schwersten wog ein einfaches Argument: Warum etwas ändern, das sich bereits als stabil und leistungsfähig herausgestellt hat? Laut Meinungsumfragen in Ost und West bevorzugten die meisten Bürger ohnehin die pragmatische und schnelle Lösung des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik. Die neue demokratisch gewählte Volksskammer gründete fünf Länder, die weitgehend den Län-dern vor der Verwaltungsreform von 1952 entsprachen, und

mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag machten die einstigen Besat-zungsmächte den Weg frei für die Einigung. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen traten dem Territorium der Bundesrepublik bei, die alte Verfassung blieb erhalten und der für die föderale Struktur entscheidende Artikel 79 unangetastet. Seither markiert der 3. Oktober 1990 den Tag der Deutschen Wiedervereinigung.



Menschen auf der Mauer am Brandenburger Tor in Berlin in der Nacht des 9. November 1989



Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 11. November 1989 und 2008



# Halt, hier Grenze!



Grenzverlauf zwischen Hessen und dem heutigen Thüringen bei Asbach 1984 und 2006



10 Meter Kontrollstreifen, unmittelbar entlang der Grenze, ein 500 Meter breiter Schutzstreifen und eine 5 Kilometer tiefe Sperrzone. Der Kontrollstreifen war umgepflügt,



Grenze zwischen  
Bayern und dem  
heutigen Thüringen  
in der Nähe von  
Görsdorf 1984  
und 2004



zeitweise vermint und mit Selbstschussanlagen bestückt. Davor ein hoher doppelter Stacheldrahtzaun. Die deutsch-deutsche Grenze war 1.378 Kilometer lang und gesäumt





Grenzverlauf zwischen  
Niedersachsen und  
dem heutigen Sachsen-  
Anhalt bei Bergen a. d.  
Dumme an der B71  
nach Salzwedel 1985  
und 2007



von 434 Beobachtungstürmen. 1954 wurde das Sperrgebiet eingerichtet und dann schrittweise befestigt, viele Dörfer und Höfe mussten dem Grenzausbau weichen.



Der so genannte  
„Entenschnabel“,  
Am Sandkrug in Berlin  
1984 und 2006



1989 war der Grenzstreifen plötzlich überflüssig.



Sendeanlagen auf dem Brocken  
an der Grenze zwischen dem  
heutigen Sachsen-Anhalt und  
Niedersachsen 1984 und 2007



Die Brücke von Dömitz zwischen  
dem heutigen Mecklenburg-  
Vorpommern und Niedersachsen  
1984 und 2004



Die Ortschaft Großburschla  
an der Grenze zwischen dem  
heutigen Thüringen und  
Hessen 1985 und 2006



**FOTOGRAFIE: JÜRGEN RITTER**

*Jahrgang 1949, seit 1980 als Fotograf tätig. Sein Hauptwerk ist die Fotodokumentation zur innerdeutschen Grenze mit über 40.000 Motiven. Er wurde mit dem „einheitspreis 2007“ ausgezeichnet.*

# Eine Nationalelf entdeckt den Teamgeist

Die Rittersturzkonferenz im Juli 1948 wird  
zur Sternstunde der Ministerpräsidenten



**oben:** Louise Schröder spricht, r. v. Peter Altmeier.  
**unten:** v.l.n.r. Lorenz Bock, Victor Renner, Franz Suchan, Hermann Lüdemann, Rudolf Katz, Hinrich Wilhelm Kopf

**E**s war kein Sprung ins Glück, als Ritter Heinrich seine Geliebte umarmte und sich vom Felsvorsprung abstieß. Das Edelfräulein war schon tot. Er würde es gleich selber sein, im Rhein. So lautet die Legende. Heinrichs letzter Blick mag die Kronen der Buchenwälder gestreift haben, die Dächer von Koblenz. Eine schöne Aussicht. Gäste genossen sie Jahrhunderte. Am 8.–10. Juli 1948 war sie weiter denn je: Elf Ministerpräsidenten, verstärkt um Kabinettsmitglieder, konferierten im inzwischen Rittersturz geheißenen Berghotel und blickten in die Zukunft. Sie waren auf dem Sprung zu einem souveränen Staat, Westdeutschland. Ein Sprung ins Glück? Sie zögerten. Und jemand wartete verdrossen.

### „Eine katastrophale Missachtung des Ernstes“

„Schwer enttäuscht“ zeigte sich General Lucius D. Clay, als die Ministerpräsidenten ihm die Resultate der Konferenz vortrugen. Der Militärgouverneur war der vielleicht wichtigste Mann Deutschlands. Er vertrat die Vereinigten Staaten von Amerika und damit die bedeutendste Besatzungsmacht im Westen. Jetzt, am 14. Juli 1948 zwischen 18.40 und 20 Uhr, saß er in seinem Hauptquartier in Frankfurt, im ehemaligen IG-Farben-Haus, und blickte missmutig auf die Beschlüsse vom Rittersturz. Lauter Vorbehalte sah er darin. Erwartet hatte er Fakten. Fakten, das hieß: 1. eine Verfassung in die Wege leiten, 2. Ländergrenzen regeln, 3. in einem Besatzungsstatut die Rechte und Pflichten zwischen Besatzern und Besetzten klären. Doch die Beschlüsse der Ministerpräsidenten lauteten ganz anders: 1. eine „Verfassung“ sei zu endgültig, 2. für eine Regelung der Ländergrenzen sei es zu früh, 3. das Besatzungsstatut aber sei wünschenswert – es möge den Deutschen weniger Lasten aufbürden und mehr Rechte zubilligen als vorgesehen.

Statt des erhofften Danks hielt Clay also ein elffach unterschriebenes Papier in Händen, das höflich die Verantwortung ablehnte, einen neuen deutschen Staat zu gründen. Die Unterzeichner ließen wissen, sie wollten „alles vermeiden“, was „dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde“. Sie legten Gegenvorschläge vor. Um das künftige Gebilde zu fundieren, sollte es nicht via „Verfassung“ einbetoniert werden, sondern via „Grundgesetz“ offen gehalten werden für den erhofften gesamtdeutschen Staat späterer Tage. „Grundgesetz“ – das klang nach Übergangslösung. Nicht das Volk sollte es absegnen, sondern die Länderparlamente. Nicht eine „Verfassungsgebende Versammlung“ sollte mit der Ausarbeitung betraut werden, sondern ein „Parlamentarischer Rat“ – die Vorläufigkeit des Unternehmens sollte bei jedem Schritt deutlich werden. Die Ländergrenzen zu regeln, ginge nur unter Einbeziehung der Ostzone – also derzeit gar nicht. Eiliger schienen es die Ministerpräsidenten mit dem Besatzungsstatut zu haben. Es sollte möglichst bald in Kraft treten. Und es sollte den Deutschen erlauben, Außenhandel zu führen, Außenpolitik zu betreiben. Es sollte Kompetenzen von den Besatzern abziehen. Der empörte Clay war kurz davor, das Konvolut kommentarlos zurückzuweisen.

Wie aufgeräumt und festlich war die Stimmung noch zwei Wochen vorher gewesen. Da standen Clay und die Militärgouverneure der anderen beiden westlichen Besatzungszonen am gleichen Ort und verlasen feierlich die „Frankfurter Dokumente“. Sie umrissen die Aufgaben, mit denen die Gouverneure die angetretenen deutschen Ministerpräsidenten in Klausur auf den Rittersturz entsendeten. Das Endergebnis schien für sie klar zu sein: ein Deutschland minus Osten plus Zukunft – demokratisch, föderal, mit starken Ländern und gezügelter Bundesgewalt. Ein solcher Staat ohne zentrale Macht war dem Rest der Welt zumutbar und dem Westen zugewandt. Es war schwierig genug gewesen, die Umrisse des künftigen Deutschlands vorzuzichnen. Mühsam waren die Dokumente ausgehandelt worden. In langen Sechsmächtekonferenzen zwischen Februar und Juni hatten USA, Großbritannien, Frankreich und auch die Beneluxstaaten miteinander gefeilscht. Die Franzosen zauderten, aber sie sollten endlich die Bi- zur Trizone ergänzen. Clay war stolz auf seine Vorarbeit. Deutschland wieder in deutsche Hände zu geben, war in seinen Augen als Geschenk zu verstehen. Sie brauchten es doch nur noch auszupacken. Clay: „Ich begreife es nicht, wie man eine solche Chance nicht ergreifen kann.“

Wo war denn ihre Weitsicht geblieben? Der General bescheinigte den Anwesenden unmissverständlich „eine katastrophale Missachtung des Ernstes der gesamteuropäischen Lage“. Clay hatte noch im April eine Art SOS-Notruf nach Washington gesandt: „Der Kommunismus wird alles überrennen.“ Der britische Militärgouverneur General Sir Brian Hubert Robertson rechnete ebenfalls mit Krieg. Immer mehr hatte sich ja das Verhältnis zum Verbündeten im Osten abgekühlt. Der Westen hatte zusehen müssen, wie die Sowjets trotz gegenteiliger Versprechungen jedes Recht zur Selbstbestimmung in Osteuropa ignorierten. Clay sah nun den Zeitpunkt gekommen, Farbe zu bekennen: Deutschland sollte sich auf die Seite des Westens stellen. Doch seiner Meinung nach bezogen die Ministerpräsidenten nicht eindeutig genug Stellung, wollten sich zu viel offen halten. Krisenstimmung. Das deutsch-alliierte Verhältnis hatte gekrönt werden sollen. Jetzt stand es plötzlich auf einem unerwarteten Tiefpunkt.

### Zwischen gestern und morgen

Wie hatte es zu diesen Missstimmungen kommen können? Der sonst so umsichtige Militärgouverneur mochte übersehen haben, was seine Gäste umtrieb, als sie in ihren Automobilen in Richtung Rittersturz fuhren. Näher lag den Ministerpräsidenten das Geschehen am Straßenrand. Sie kamen aus unterschiedlichen Richtungen, bestückt aber mit ähnlichen Eindrücken ihrer Heimatstädte: Trümmer. Düsseldorf: zu 90% unbewohnbar, Köln: zu 72% zerstört, Kiel zu 80%, Frankfurt: die Hälfte aller Gebäude beschädigt. Aus stolzen Großstädten waren Schutthalden geworden. Dürre Leiber zogen ziellos Handkarren umher. Wer sich in Zwangs-Wohngemeinschaften quetschte oder einen Platz im Lager erwischte, hatte Glück. Ihnen waren die Autoinsassen verpflichtet.

In diesem Moment waren die Länderchefs mehr denn je Landesväter. Sie sahen sich nicht als Erfüllungsgehilfen weltpolitischer Strategen. Gewiss: Die Gouverneure hatten 1945 die Ministerpräsidenten ernannt und nach Belieben ausgetauscht. Aber seit 1946/47 waren sie durch Wahlen der Länder legitimiert. Kein Kanzler, keine deutsche Staatsautorität stand ihnen vor, und hier auf dem Rittersturz auch nicht die Militärgouverneure und nicht die Präsidenten, nicht Stalin, nicht Truman, Attlee und de Gaulle. Ihre Sitzung war nichtöffentlich. Und sie hatten die Lizenz zum Widerspruch schriftlich. Die ausgehändigten Dokumente der Militärgouverneure deklarierten sich als „Empfehlungen“. Man findet es unterstrichen in der Kopie von Adolf Süsterhenn, einem der Wortführer auf dem Rittersturz. Das klang nach den Jahren der Befehle ungewohnt dezent.

Welche Sicht hatten die Konferenzteilnehmer, welche Rücksichten hatten sie zu nehmen? Am 7. Juli 1948 war das Wetter bei Koblenz trübe. Elf Ministerpräsidenten reisten durch Deutschland im Jahre null. So hieß Roberto Rossellini bedrückende Bestandsaufnahme von 1948. Filmtitel dieser Tage überschrieben ein Zeitgefühl ungewisser Zukunft. *In jenen Tagen* (1947), ... und *über uns der Himmel* (1947), *Zwischen gestern und morgen* – da wühlte Hildegard Knef 1947 in den Ruinen. Es waren die Schwarzweißfilme der Grautöne, in denen sich Trümmer, Trauer und Überlebenswille mischten. Als unzumutbar galt ein Spaß wie jene Berliner Stadtrundfahrt in *Eine auswärtige Affäre*: „Der Steinhaufen dort drüben ist das Hotel ‚Adlon‘ nach einem Wochenendbesuch der 8. Luftflotte.“ Billy Wilders Humor war schwarz wie der Markt, den Marlene Dietrich besang. Der Film aus dem Jahr 1948 wurde in Deutschland erstmals 1977 gezeigt. Leichter konnte sich der Durchschnittsdeutsche mit Gert Fröbe identifizieren. Er war 1948 in *Ballade Otto Normalverbraucher*: ein Hungerhaken in einer Staubwelt, einer Hustenwelt, in der es nach Leichen roch. Ein männlicher Erwachsener aus Köln wog Mitte 1946 durchschnittlich 51 Kilogramm – mit sinkender Tendenz. Der kalte Gestank saß in den Lumpen, in den Leibchen, in der Lunge. Lucky Strikes galten als Allheilmittel. Dunkle Trauben auf den Straßen: Kippensammler, Hungernde mit Messern um verendete Pferde. Wenig Kartoffeln, wenig Eier gab es in der Stadt, im Sonderangebot: Misstrauen. Durfte man es schüren? Sollten die Ministerpräsidenten dafür geradestehen, wenn nach der Brotration nun auch Deutschland halbiert wurde?

Der reale Otto Normalverbraucher war ohnehin skeptisch, wie alles werden sollte: Was war von der neuen Deutschen Mark zu halten, die er seit 20. Juni in den Händen hielt? Es war besser als das wertlose Papier, aber viel war es nicht: 40 Mark „Kopfgeld“ für jeden. Damit sollte er die Zukunft bauen? Wozu? Braute sich da nicht schon wieder ein Gewitter

### Ängste und Hoffnungen nach 1945

Die westdeutschen Länder starteten von ganz unterschiedlichen Ausgangspositionen in Richtung gemeinsamer Staat – genauso unterschiedlich waren ihre Ziele.

AMERIKANISCHE ZONE	
BAYERN	
Zustand Hoffnung	agrarisch solide, industriell im Aufschwung Machtverlagerung Richtung Süden/Bayern; Eigenstaatlichkeit erhalten; Wiedergewinnung der Pfalz
Angst Taktik	Status quo einbüßen Föderalismus stärken trotz Bekenntnis zu Weststaat
BREMEN	
Zustand Hoffnung	stark zerstörte Häfen Stadtstaatlichkeit erhalten, Aufbau als US-Einfuhrhafen
Angst Taktik	Verlust der Eigenständigkeit im Land Niedersachsen je föderativer, desto besser
HESSEN	
Zustand Hoffnung	vergleichsweise verschont CDU/SPD-Regierung gegen radikale Parteien verteidigen; Wiedergewinn der hessischen Gebiete links des Rheins
Angst Taktik	Hessen, Kurhessen und Nassauer zerfallen innerlich Ländergrenzenregelung offenhalten
WÜRTTEMBERG-BADEN	
Zustand Hoffnung	materiell gut gestellt Verbindung mit Württemberg-Hohenzollern, vielleicht sogar Pfalz; territoriale Neugliederung mit starkem Südweststaat
Angst Taktik	Unzufriedenheit mit der Zwangsehe zwischen Badenern und Schwaben (Württemberg) Offenhalten der Neuordnung im südwestdeutschen Raum

zusammen, wenn er auf das Grollen aus Osten und Westen hörte? Der Londoner Sechsmächtekonferenz war die Warschauer Achtmächtekonferenz gefolgt. Auf die Westmark die Ostmark. Die Welt riss. Deutschland hatte den Krieg in die Welt getragen, jetzt schien es zum Schlachtfeld eines neuen Weltkriegs zu werden, des Kalten Kriegs. Wie sollte man sich einrichten? Am bequemsten vielleicht: in der Opferrolle? Genau diese Rolle wollten die Besatzungsmächte den Tätern von einst keinesfalls zugestehen. Sie sollten Verantwortung übernehmen für die schreckliche Vergangenheit, die deprimierende Gegenwart und die ungewisse Zukunft. Die Ministerpräsidenten waren ihre Sprecher und Fürsprecher – aber nicht ohne gemischte Gefühle.

BRITISCHE ZONE	
<b>HAMBURG</b>	
Zustand	stark zerstört, Osthandel abgeschnitten, hohe Besatzungskosten, Demontage.
Hoffnung	als Stadtstaat selbständig bleiben, Außenhandel
Angst	ohne Selbstständigkeit droht politischer und wirtschaftlicher Verlust
Taktik	Liberalisierung des Außenhandels per Autonomie Westdeutschlands; Schulterchluss mit Bremen
<b>NIEDERSACHSEN</b>	
Zustand	neu gebildetes Land in Notlage: schwere Kriegsfolgen, Besatzungskosten, viele Flüchtlinge, wenig Eigenmittel
Hoffnung	Lastenausgleich
Angst	Autonomietendenz der Oldenburger; Niederländer erheben Ansprüche auf Westgebiete
Taktik	Schulterchluss mit Schleswig-Holstein, aber zurückhaltend
<b>NORDRHEIN-WESTFALEN</b>	
Zustand	Demontage, Internationale Ruhrbehörde überwacht Industrie von Kohle, Koks und Stahl
Hoffnung	industrielle Klammer zwischen Rheinland und Westfalen erhalten, Ende der Demontage
Angst	Verlust des Ruhrgebiets; Niederlande u. Belgien melden Ansprüche an Westgebiete an
Taktik	für einen Weststaat als Schutz vor internationalem Zugriff
<b>SCHLESWIG-HOLSTEIN</b>	
Zustand	Industrie stark zerstört, Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen
Hoffnung	Entlastung durch Zusammenschluss mit Hamburg
Angst	Verglimmen des „Schlusslichts“ im Norden.
Taktik	Lüdemann verbohrt sich in Plänen zur Neugliederung

### Ministerpräsidenten mit Vergangenheit

Manche spotteten über den anreisenden Verein alter Herren mit einem Durchschnittsalter von 55 Jahren. Zu Unrecht. Dies war keine Kaffeefahrt in die Ausläufer des Hunsrück. Im zeitlichen Rückspiegel mögen viele Ministerpräsidenten noch andere Bilder gesehen haben, als sie im Namen der Landsleute über Montabaur, Neuhäusel, Arenberg, Ehrenbreitstein und die Pfaffendorferbrücke auf den Rittersturz führen.

FRANZÖSISCHE ZONE	
<b>BADEN</b>	
Zustand	relativ wenig zerstört, doch schwierige Ernährungslage, massive Willkür durch Besatzungsmacht
Hoffnung	Befreiung vom französischen „Joch“, Wieder-Zusammenschluss mit Nordbaden, unter Vorbehalt auch größerer Südweststaat
Angst	Frankreich will rheinische Hafenstadt Kehl; Schwaben wollen die „badische Braut“ als Mitgift eigenen Staates
Taktik	Westdeutschland stärken, Länderneuregelung im Auge behalten bei Politik der kleinen Schritte
<b>RHEINLAND-PFALZ</b>	
Zustand	relativ wenig zerstört, doch schwierige Ernährungslage
Hoffnung	Brückenkopf zwischen Deutschland und Frankreich, Schutz vor französischer Kontrolle, Wiedergewinnung des Saarlandes
Angst	Zerfall des künstlichen Landes „aus der Retorte“, Verlust der Pfalz
Taktik	Länderneuregelung offen halten, Westdeutschland stärken
<b>WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN</b>	
Zustand	schwierige wirtschaftliche Verhältnisse, restriktive Besatzungspolitik
Hoffnung	Schutz vor französischer Kontrolle; Wiedervereinigung mit nördlichem Württemberg
Angst	Dominanz Stuttgarts im Südweststaat
Taktik	Länderneuregelung im Auge behalten

Da war zum Beispiel der Bremer Bürgermeister Wilhelm Kaisen, 61, zweimal von den Nazis verhaftet. Hessens Ministerpräsident Christian Stock, 64, saß neun Monate im KZ Kis-lau. Aus Württemberg-Baden: Reinhold Maier, 58. Er entzog sich der Gestapo durch Flucht in die Berge. Hermann Lüdemann, Schleswig-Holstein, 67: mehrfacher KZ-Aufenthalt. Karl Arnold, Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen, 47: weitläufig mit Kreisen des deutschen Widerstands verbunden, nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert. Ebenso wie Lorenz Bock (64) aus Württemberg-Hohenzollern. Aus Rheinland-Pfalz: Ministerpräsident Peter „Fischpitter“ Altmeier, 48. Auch er stand auf der Liste der zu Verhaftenden im Umfeld des 20. Juli. Freunde warnten ihn, er konnte entinnen. Viele kamen nur knapp davon. Auf dem Rittersturz trafen sich politische Veteranen mit Wunden.

Wie groß war ihr Zutrauen wohl zu ihren Landeskindern, die laut einer Umfrage im April 1946 mehrheitlich mitteilten, der Nationalsozialismus sei als Idee richtig, nur in der



**links:** Eröffnungsansprache von Peter Altmeier  
**rechts:** Die drei Militärgouverneure der Westzonen, v. r. n. l. Lucius D. Clay (USA), Marie Pierre Koenig (F) und Sir Brian Robertson (GB)

Ausführung falsch? Zwei Jahre später wurde nachgefragt. Immer noch dachte die Hälfte antisemitisch oder rassistisch. Gleichzeitig hatten sich verdächtig viele mit „Persilscheinen“ eingedeckt, die sie als Judenretter auswiesen. Was war denen zuzutrauen, jetzt, nach dem Katastrophenwinter 1947? Unzufriedenheit macht radikal. Vielleicht war es riskant, allen Wählern das auszuarbeitende Grundgesetz vorzulegen, wie es

die Besatzungsmächte empfahlen. Die KPD war im Juli 1948 beinahe so mitgliederstark wie die CDU, allerdings inzwischen auch aus der letzten Regierung ausgeschieden. Die Ministerpräsidenten schlugen vor, die Mitglieder der Länderparlamente über das Grundgesetz abstimmen zu lassen. Sie waren unverdächtig und geprüfte Demokraten – und im eigenen Hause hatten die Ministerpräsidenten eine gewichtige Stimme, die gehört wurde.

## Deutschland teilen – eine Gewissensfrage

Die unzuverlässigen Deutschen musste man vor sich selbst schützen. Die Idee einer Volksabstimmung erschien den Ministerpräsidenten riskant. Und die Idee, einen deutschen Teilstaat zu gründen, als Zumutung.

Zudem empfanden es viele als Verrat, die Brüder und Schwestern im Osten jetzt ihrem Schicksal zu überlassen. Man wollte bei ihnen „unter keinen Umständen das Gefühl aufkommen lassen, dass sie von Deutschland abgehängt und im Stiche gelassen werden sollen“, erklärte der bayerische Ministerpräsident Ehard seinem Militärgouverneur Clay in der Rittersturz-Nachbesprechung.

Die Teilung selbst war nach Lage der Dinge kaum zu verhindern. Theoretisch mochte Deutschland noch immer bedrückend groß sein; es reichte nach Osten weit über Oder und Neiße hinaus nach Pommern und Schlesien und Ostpreußen, die offiziell nur „zur Zeit“ unter polnischer und sowjetischer „Verwaltung“ lagen. Aber de facto? Im kleinen Deutschland wurde vollzogen, was sich im Großen abzeichnete. Im November 1947 saßen sich in London Osten und Westen gegenüber,

verstimmt in unvereinbaren Forderungen. Im März 1948 verließ der sowjetische Militärgouverneur Sokolowskij die Sitzung des Alliierten Kontrollrats in Berlin und beendete damit die gemeinsame Vier-Mächte-Verwaltung.

Heilfroh begrüßten es die westdeutschen Länder, als US-Außenminister George C. Marshall plangemäß im Frühling 1948 Saatgut, Düngemittel und Kredite nach Westdeutschland schickte. Heilfroh betrachtete man die in Washington und New York gedruckte neue Deutsche Mark, die den Sumpf des Schwarzmarkts austrocknen würde. Jeder hamsterte auf seine Weise. Stalin hatte zwei Wochen vor der Rittersturzkonferenz West-Berlin in den Würgegriff genommen: Kein Schiff kam durch, keine Bahn, kein Auto, kein Brief, kein Strom. Inzwischen flogen Rosinenbomber über die Luftbrücke Richtung Tempelhof: Trockenfrüchte, Trockenkartoffeln, Briketts, Schokolade. Es war nicht zuletzt der Kampf gegen die Berliner Blockade, der die Ministerpräsidenten in dem Gedanken bestärkte, auf einem staatlichen Provisorium zu beharren, das sich als Brücke verstand. Man würde nichts Endgültiges schaffen, versprachen die Kollegen der Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder. Es galt, den Weststaat zu schaffen, ohne den Gesamtstaat aufzugeben. „Wir wollen“, rief Gastgeber Peter Altmeier den anderen Ministerpräsidenten eingangs zu, „die Türen so groß bauen und so weit offen halten, dass jederzeit die Länder des deutschen Ostens in dieses neue deutsche Haus Einkehr halten können.“

Und doch: „Darüber, dass die deutsche Einheit zum Zeitpunkt der Übergabe der Dokumente tatsächlich zerrissen war, dürfte sich kaum einer der Ministerpräsidenten Illusionen gemacht haben“, schreibt die Historikerin Bettina Blank in ihrer grundlegenden Arbeit über „Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik“ (München 1995).

Schon 1946 ahnte der britische Außenminister Bevin, die Einheit Deutschlands aufgeben zu müssen. Wichtig sei nur, „dass die Verantwortung für den Bruch eindeutig den Russen zur Last gelegt wird“. Die Sowjets schoben die Schuld den Amerikanern in die Schuhe, die Amerikaner reichten die Verantwortung in Frankfurt an die Ministerpräsidenten weiter. Sie wandten sich aus der bedrückenden Lage mit einem relativ kühnen Notbehelf: Sie wollten auf der Landkarte keinen Schnitt ansetzen, sondern nur einen Knick machen, der jeder-



zeit wieder glattgebügelt werden könne. Carlo Schmid fand die konsensfähige Konstruktion, die später General Clay so erzürnen sollte. Er plädierte für einen „Zweckverband administrativer Qualität“ anstelle eines Staates, und selbst dieses luftige Gebilde möge – im Vorfeld per Besatzungsstatut offiziell beglaubigt – „letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte“ zurückgehen, damit es nicht als „Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes“ missverstanden werde.

Die Suche nach neuen Wörtern entsprang keineswegs einer neuen Lust an neudeutscher Linguistik. Sie folgte dem einvernehmlichen Bedürfnis, die Aufgaben der Besatzungsmächte keinesfalls abzulehnen, aber „an der Lösung der gestellten Probleme schöpferisch mitzuarbeiten und das in den Dokumenten gesteckte Ziel möglichst schnell und wirksam zu erreichen“ – so steht es in der Mantelnote der Koblenzer Beschlüsse, mit denen die Ministerpräsidenten zwei Wochen später auf die Frankfurter Dokumente reagierten. Die Teilnehmer zeigten sich einig im Wunsch, die Westzonen wirtschaftlich und verwaltungsmäßig zusammenzufassen. Das war nötig, um zu überleben. Einig war man sich auch im Unbehagen, dieser Zusammenfassung staatliche Züge zuzubilligen. Denn das bedeutete faktisch die Teilung.

### Elf Freunde woll'n wir sein

Als hätte Sepp Herberger sie eingeschworen, verständigte sich auf dem Rittersturz das Team der Länder auf eine staunenswerte Einigkeit, obwohl Ausgangssituation und Interessen der Länder sehr unterschiedlich waren (s. Kästen Seite 14–15). Jedem Teilnehmer war klar, dass ein Dominoeffekt ausgelöst würde, wenn einer damit begänne, separate Wünsche durchzuboxen. Sie rückten eng zusammen im Tagungsraum des Berghotels, dessen Tische schmal waren und zwischen den Papierstapeln nicht mehr Platz ließen als zwei Linien mit gefalteten Namensschildern und einer Kolonne Aschenbecher. Wer wollte, konnte sein Gegenüber unter dem Tisch anstoßen.

Es gab genug Gründe aneinander zu geraten. Die Vorlagen der Gouverneure enthielten jede Menge Sprengstoff. Gerade bei den Länderneuregelungen waren Gegensätze programmiert: Die neuen Länder sollten „überlieferte Formen“ berücksichtigen, aber nicht „zu groß oder zu klein“ sein. Wie sollte das gehen, wenn man Bayern und Bremen verglich? Das einzig mögliche Ergebnis der Debatte: Innere Geschlossenheit demonstrieren und auf Regionalegoismen verzichten.

Bayern schluckte seine Ansprüche auf die Pfalz herunter, auf die auch Hessen und Baden spitzten. Doch sie steckte derzeit in Rheinland-Pfalz. Bayern hielt sich bedeckt. Oder Schleswig-Holstein: das ärmlich flackernde Schlusslicht zwischen den Meeren. Es ertrank im Strom der Vertriebenen und Flüchtlinge. Lüdemann wollte sein Land vergrößern und mit Hamburg, besser noch mit Hamburg und Niedersachsen fusionieren. Hamburg wiederum war sich mit Bremen einig: Wenn die Freien Hansestädte ihren Status verlören, versickerten die Einnahmen ihrer Häfen im Umland.



Denn es gab wichtigere Ziele, die allen nützten. Das Ruhrgebiet war das größte Sorgenkind der Nachkriegszeit. Die gefürchtete „Waffenschmiede des Deutschen Reiches“ war heiß begehrt im In- und Ausland. Sie lieferte 90% der deutschen Kohle, drei Viertel der Gusseisenproduktion, drei Viertel des Stahls. Die internationale Kontrollbehörde überwachte den Abbau. Die Demontagen demütigten die deutsche Wirtschaft und Seele. Nordrhein-Westfalen brachte alle Länder hinter sich, wenn es nach einem Staat rief, der Frankreich den Zugriff auf die Kohle verwehrte.

Alle Konferenzteilnehmer sahen Deutschland immer kleiner werden, wenn sich Westdeutschland nicht formierte. Im Verband nur konnte man Niederlande und Belgien abhalten, sich im Westen zu bedienen. Dänemark zupfte im Norden nach Südschleswig. Frankreich schielte auf Kehl, die badische Hafenstadt am Rhein. Gerade die Länder der französischen Zone fühlten sich drangsaliert. Eigentlich war der Südwesten im Krieg eher glimpflich davongekommen. Doch nach schlechten Ernten und harten Wintern stöhnte die Bevölkerung unter ihren Besatzern. Im Landtag von Rheinland-Pfalz kam es zum Eklat: „Kein Konzentrationslager der Welt“ habe diesen Hunger gekannt, rief der liberale Abgeordnete Neubronner historisch denkbar unsensibel, worauf der französische Oberst

Magniez aufsprang und energisch verlangte, die Sitzung zu unterbrechen. Nichts wünschten die Südwestländer mehr, als die Franzosen in die Schranken zu weisen.

## Störmanöver

Gerade die Franzosen aber torpedierten die geschlossene Phalanx vom Rittersturz. Sie hielten Vertreter ihrer Zone von Konferenzen gerne fern. Kleine Gärtchen sah Frankreich jenseits des Grenzzauns lieber als einen Park, in dem Kolonnen aufmarschieren. General Charles de Gaulle wollte nicht tatenlos zusehen, wie der Nachbar, der in den letzten 80 Jahren dreimal Kriege angezettelt hatte, zu neuer Größe aufstieg. Jetzt rieb sich der Nationalstolz an jenen, die Frankreich die Würde genommen hatten. Dazu gesellte sich das unangenehme Gefühl, beim letzten Mal nicht besonders gut ausgesehen zu haben: In 36 Tagen hatten die Deutschen 1940 Paris erreicht. Frankreich war Sieger, aber es strahlte nicht. Es hatte Hunger. Getreide, Fleisch, Milch – alle Erträge waren durch den Krieg halbiert, die Industrie lahmgelegt, jedes fünfte Haus mindestens teilweise zerstört. Das ertragreiche Ruhrgebiet erschien als Entschädigung gerade gut genug: Ließe sich daraus nicht ein separates „Rhenania“ gründen? Je kleiner Deutschland bliebe, desto besser. Der Regierungschef im winzigen Land Baden erhielt den Titel „Staatspräsident“.

Jeder Versuch zu größeren Zusammenarbeiten musste gestört werden. Offiziell zog Frankreich mit, als Briten und Amerikaner ungeduldig durchblicken ließen, auch allein ihr Deutschlandprogramm durchzuziehen. Inoffiziell ermunterte der französische Militärgouverneur General Marie-Pierre Koenig „seine“ Länderchefs zu separaten Wünschen, um den Mannschaftsgeist zu sabotieren. Fast riecht es nach Bestechung, wenn der Generalkonsul Comte Louis Keller die Bayern in der ersten Juliwoche 1948 aufstachelte, die Frankfurter Dokumente seien „nicht als Diktat“ zu verstehen. Frankreich köderte: Wollte Bayern denn wirklich im neuen Staat die Exklusivität aufgeben? Frankreich sei geneigt, Bayerns Lust auf die Pfalz durchaus zu unterstützen.

Doch die Diplomatie verfiel nicht. Bayerns Ministerpräsident Ehard verfocht den Föderalismus, wurde aber zugleich zur Stimme für eine westdeutsche Perspektive als „Grenz- und Schutzwall abendländischer Kultur und Zivilisation“ gegen den heranrückenden bolschewistischen Osten. Der Freistaat sollte nicht zu kurz kommen, aber Größeres stand jetzt auf dem Spiel. Die Ministerpräsidenten beschlossen zuallererst Einstimmigkeit. Sie stellten parteipolitische Prinzipien zurück. Sie wussten: Sie waren wichtiger als je zuvor.

Sie wussten nicht: So wichtig würden sie nie wieder sein. Soeben begannen die politischen Parteien, auf der Schwelle zur Macht mit den Füßen zu scharren. Draußen auf der Terrasse des Rittersturz bemerkten Pressevertreter die Herren Konrad Adenauer und Erich Ollenhauer von CDU und SPD. Offiziell waren sie nicht geladen, doch sie sprachen ein Wörtchen mit, hinter den Kulissen. Adenauer strebte zur Macht. Am zweiten

Konferenztag spottet er, ob denn „die Zaunkönige immer noch nicht fertig“ seien. Sie wurden fertig. Sie fassten die „Koblenzer Beschlüsse“. Beschlüsse, deren Geist den Weg zum neuen deutschen Staat ebnete.

## Der Spielzug gelingt – halb und halb

Und trotzdem: Nach Clays Enttäuschung ging es erstmal an die Revision.

Keine zwei Wochen nach der Rittersturz-Konferenz fanden sich die Ministerpräsidenten erneut zusammen, diesmal auf dem Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim – in der nächsten Zwickmühle. Dieses Mal wollten sie die Besatzungsmächte, namentlich Clay, auf keinen Fall brüskieren, andererseits aber auf jeden Fall den Koblenzer Geist bewahren. Sie hatten sich in Koblenz – unter Führung von Carlo Schmid – weit vorgewagt. In Rüdesheim hieß es: aufrecht gehen, rückwärts, und Clays Tatendrang Richtung Staatsgründung Folge leisten. Schmid musste klein begeben.

Es war kein Tag für schwache Nerven, als Ministerpräsidenten und Gouverneure am 26. Juli abschließend in Frankfurt zusammenkamen. Dies würde der entscheidende Tag sein. Eine „sehr angespannte Atmosphäre“ sei das gewesen, erstattete später Leo Wohleb „seinem“ badischen Landtag Bericht. Beide Seiten hatten gepokert. Jeder wollte sein Gesicht wahren. Die Presse hatte sich inzwischen zugeschaltet, machte Druck auf die deutschen Vertreter.

Endlich aufatmen: Die Idee des Provisoriums konnte gewahrt werden. Akzeptiert wurde der Begriff „Grundgesetz“. Ja, es würde nicht durch das Volk ratifiziert werden, sondern – auf dem kleinen Dienstweg mit dem Vorzeichen der Vorläufigkeit – durch die Landtage. Nicht durchsetzen konnten sich Wünsche der Ministerpräsidenten, bei der Ausarbeitung der Verfassung einzugreifen. Die Ländergrenzen sollten sie unverzüglich regeln – womit unverzüglich ein Ausschuss die Arbeit aufnahm, dessen einziges Ergebnis der Zusammenschluss der drei allzu forsch zerschnittenen Stammländer im Südwesten zu Baden-Württemberg war – weiter wagte man sich auf dieses konfliktreiche Terrain nicht vor, und die Besatzer akzeptierten. In einem wichtigen Punkt aber mussten die Deutschen Federn lassen: Die Verantwortung für ihren Staat und damit für die Teilung sollten sie selbst schultern. Das Besatzungsstatut bekamen sie erst nach Ausarbeitung des Grundgesetzes. Seine Unterzeichnung gilt als Geburtsstunde der Bundesrepublik. Um 23.55 Uhr am 23. Mai 1949 wurde die Nabelschnur zwischen Westdeutschland und den alliierten Erzeugern durchschnitten. Laufen lernte es schon früher.

---

AUTOR: DR. GERALD KOLL

*geboren 1966, lebt in Kiel und Berlin. Seine Artikel erschienen u. a. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Er schreibt über Filme und dreht selbst Filme, zuletzt „88 – pilgern auf japanisch“ (2008)*

---



1989

1949

Denkmal auf dem Aussichtspunkt Rittersturz bei Koblenz. Die drei Säulen symbolisieren die drei Westzonen. Sie sind nach Osten geneigt, um auf die fehlende vierte Säule hinzuweisen.

# Eltern

## aus ungeordneten Verhältnissen

Sie hatten die Niederlage der Weimarer Republik erlebt und die Nazizeit überstanden, ohne sich zu beugen. Deshalb waren sie die ersten, die nach 1945 Macht und Verantwortung in die Hände bekamen. Sie trafen sich 1948 auf dem Rittersturz, um einen deutschen Staat auf den Weg zu bringen: Die Ministerpräsidenten der Länder. Drei exemplarische Porträts.



### Peter Altmeier

Ein Umzug über wenige Straßenzüge hat Peter Altmeier wahrscheinlich das Leben gerettet. Im Herbst 1944 begann die Gestapo als Reaktion auf das gescheiterte Hitler-Attentat mit Massenverhaftungen. Auf der Liste der „Aktion Gewitter“ stand auch der Name Altmeiers, der vor 1933 in Koblenz Abgeordneter des katholischen Zentrums gewesen war. Schon 1942

hatte Hitler intern angekündigt, im Falle eines Umsturzversuches „alle leitenden Männer gegnerischer Strömungen, und zwar auch die des politischen Katholizismus, aus ihren Wohnungen heraus verhaften und exekutieren“ zu lassen. Nur hatte die Gestapo noch die alte Adresse, der Zugriff ging ins Leere. Altmeier wurde gewarnt und konnte untertauchen.

Politisch erfahren und unbelastet wirkt Peter Altmeier nach dem Krieg unmittelbar am Wiederaufbau mit. Er gründet in Koblenz die überkonfessionelle Christlich-Demokratische Partei mit, die später in der CDU aufgeht, übernimmt das Amt des Regierungspräsidenten in Montabaur und wird schließlich Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Das Land, per Verordnung aus höchst heterogenen Landesteilen kompiliert, ist von Anfang an ein Sorgenkind. Am 25. April 1947 – gerade ist eine neue Verfassung angenommen worden – betont Peter

Altmeier, das Land sei „nicht aus dem Willen des Volkes geboren“, sondern stelle „ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik dar“ und habe „also durchaus keinen Ewigkeitswert“. Ein Jahr später, 8. Juli 1948: Peter Altmeier eröffnet die Rittersturzkonferenz. Zusammen mit den anderen westdeutschen Ministerpräsidenten schickt er sich an, ein weiteres vorläufiges Staatswesen ohne „Ewigkeitswert“ aus der Taufe zu heben: Die Bundesrepublik. Zwei Provisorien also, und beide sollten sich als außerordentlich haltbar erweisen.

Von Anfang an ist Peter Altmeier ein überzeugter Föderalist. Die Konferenz auf dem Rittersturz wird er später als Höhepunkt seines politischen Schaffens sehen. Hier wird die Saat der Bundesrepublik ausgebracht – von den Ministerpräsidenten, nicht von den Parteien, und insbesondere: unter seiner Leitung. 1947 übernimmt Altmeier von dem an einer Koalitionsbildung gescheiterten Wilhelm Boden das Amt des Ministerpräsidenten und behält es 22 Jahre. Nicht nur wegen dieser Kontinuität, sondern auch durch seinen Pragmatismus und seine christlich fundierte Wertorientierung steht er für die junge Bundesrepublik wie kaum ein Zweiter. Zweimal trotz er prinzipienfest dem mächtigen Parteifreund Konrad Adenauer. Beide Male erfolgreich. Er beharrt für das zu gründende ZDF auf der Rundfunkhoheit der Länder – der Sender bekommt seinen Sitz schließlich in Mainz – und er kämpft für einen Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik und gegen dessen Europäisierung. Der Abschied von der politischen Bühne fällt ihm schwer, er sträubt sich. Aber sein Nachfolger drängt energisch zur Macht. Es ist der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl.

## Max Brauer

1933 muss Max Brauer aus Deutschland fliehen. Der sozialdemokratische Altonaer Bürgermeister ist den Nazis ein Dorn im Auge. Er soll aufgrund haltloser Bestechungsvorwürfe verurteilt werden. Die erste Station Österreich ist zu unsicher, es folgt Paris. Seine guten Kontakte bescheren ihm die Möglichkeit für den Völkerbund als Verwaltungsberater nach China zu gehen. Aber der Arm der Nazis ist lang, er muss China verlassen. Er landet schließlich in den USA, wird 1943 sogar US-Staatsbürger. Als mitreißender und streitbarer Redner reist er durchs Land. Deutschland bleibt sein Thema. Die deutsche Arbeiterschaft sehne den Umsturz herbei. Damit macht er sich nicht nur Freunde. Wer in Deutschland geblieben sei, müsse Nazi sein, lautet die vorherrschende Meinung. Nach Kriegsende kehrt er mit seinem Freund Rudolf Katz zurück nach Hamburg. Er schreibt: „Da standen wir beide nach langen Jahren der Emigration vor unserer Vaterstadt und sahen das erschütternde Bild unüberschaubarer Ruinen.“

Wieso steht im Sommer 1947 der Hamburger Bürgermeister Max Brauer in Recklinghausen auf der Förderbrücke und ruft den Kumpels zu: „Festspiele nicht nur für Literaten und Auserwählte, sondern Festspiele inmitten der Stätten harter Arbeit!“? Wieso reisen die Ensembles der drei wichtigsten Hamburger Theater in den Pott, um dort Vorstellungen ihres aktuellen Programms zu geben? Ganz einfach: Aus Dank. Aus Dank für die selbstlose Hilfe im katastrophalen Winter 1946/47. Die Bergleute hatten – ohne Genehmigung der Besatzungsbehörden – die Hamburger Lastwagen mit der dringend benötigten Kohle gefüllt. Sonst

hätten die Kraftwerkspumpen in der Hansestadt stillgestanden und Hamburg wäre buchstäblich erfroren.

Kunst und Kohle: ein prägnantes Bild für das Leben Max Brauers. Als er 1924 in Altona zum Bürgermeister gewählt wird, sagt er in seiner Antrittsrede: „Ich habe wie viele junge Arbeiter gehungert und gedürstet nach Bildung und Wissen.“ So sehr soziale Gerechtigkeit sein Ziel ist, so sehr erscheint ihm der Zugang zu Kunst, Kultur und Bildung als Bedingung für ein lebenswertes Leben.

Auf der Rittersturzkonferenz 1948 plädiert Max Brauer dafür, sich den Gegebenheiten zu fügen und einen Weststaat zu gründen, wenn auch nur als Provisorium. Keine „Verfassung“? Dann eben „Grundgesetz“! Stets handelt er pragmatisch, ist meinungsfreudig, scheut keine, auch nicht die innerparteiliche Opposition. Doch Selbstbewusstsein und Tatkraft haben in Form von Ungeduld und autokratischer Amtsführung auch eine Kehrseite. Zum Ausstieg aus der Politik muss er 1965 – nach vier eher wirkungslosen Jahren im Bundestag – gedrängt werden. Er, der den Aufbau eines Staates mit in seine Hände bekam, kann nur schwer loslassen.



## Louise Schroeder

Als Louise Schroeder Anfang Juli 1948 nach Koblenz reiste, stand sie unter dem Eindruck dramatischer Ereignisse. Gerade hatte die Berlin-Blockade begonnen. Die Sowjets hatten, verärgert über die Währungsreform, die Stadt von der Versorgung abgeschnitten. Berlin war zum Zerreißen gespannt – wurde aber immer noch gemeinsam regiert. Die Oberbürgermeisterin, die einem prowestlichen Magistrat mit Sitz im Ostsektor vorstand, hoffte noch auf eine gesamtdeutsche Lösung. Sie beschwor die Teilnehmer der Rittersturz-Konferenz, keine endgültige Lösung zu schaffen, eine Tür offen zu lassen. Ihre leidenschaftliche Rede beeindruckte, aber am Ende war sie praktisch gescheitert. Die Grundlage des Weststaats wurde gelegt. Nicht einmal abstimmen hätte sie können, sie hatte lediglich ein beratendes Mandat.

Was für eine vertrackte Situation: Eigentlich war Ernst Reuter 1947 zum Berliner Bürgermeister gewählt worden, aber die Sowjets weigerten sich, den klar westorientierten Antikommunisten zu bestätigen. Als Ersatz gesucht wurde, drängte die SPD die zurückhaltende Schroeder ins Amt, mehr als dass sie danach strebte. Man wusste, sie würde nicht am Amt hängen, wenn der bereitstehende Reuter zum Zuge käme. Und obwohl sie noch, mit immer wieder schwer angeschlagener Gesundheit,

bis zum Dezember 1948 Oberbürgermeisterin war, nahm an allen auf Koblenz folgenden Beratungen der Länderchefs Ernst Reuter teil.

Louise Schroeder strebt nie zur Macht, weiß ihre Ziele aber beharrlich zu verfolgen. Ein Leben lang engagiert sie sich für die Arbeiterwohlfahrt. Die soziale Frage und Frauenrechte – ihre Hauptanliegen – begreift Louise Schroeder von Anfang an als politisch. Sie ist präsent an den zentralen Kulminations- und Wendepunkten der demokratischen Geschichte Deutschlands, wird gegen Ende ihrer Karriere sogar noch in den Bundestag gewählt und ist als Bundespräsidentin im Gespräch. 1919 gehört sie der Nationalversammlung an, danach dem Reichstag und 1933 stimmt sie trotz höchsten persönlichen Risikos gegen das Ermächtigungsgesetz. Es folgen zwölf Jahre innerer Emigration. Zeit, die sie schmerzlich vermisst, als sie 1945 im Alter von 58 Jahren am politischen Wiederaufbau mitwirkt. Man braucht sie, also kommt sie. Es ist ihre Pflicht. S. S.



# „Es muss demokratisch aussehen!“

Wie aus Ländern Bezirke wurden

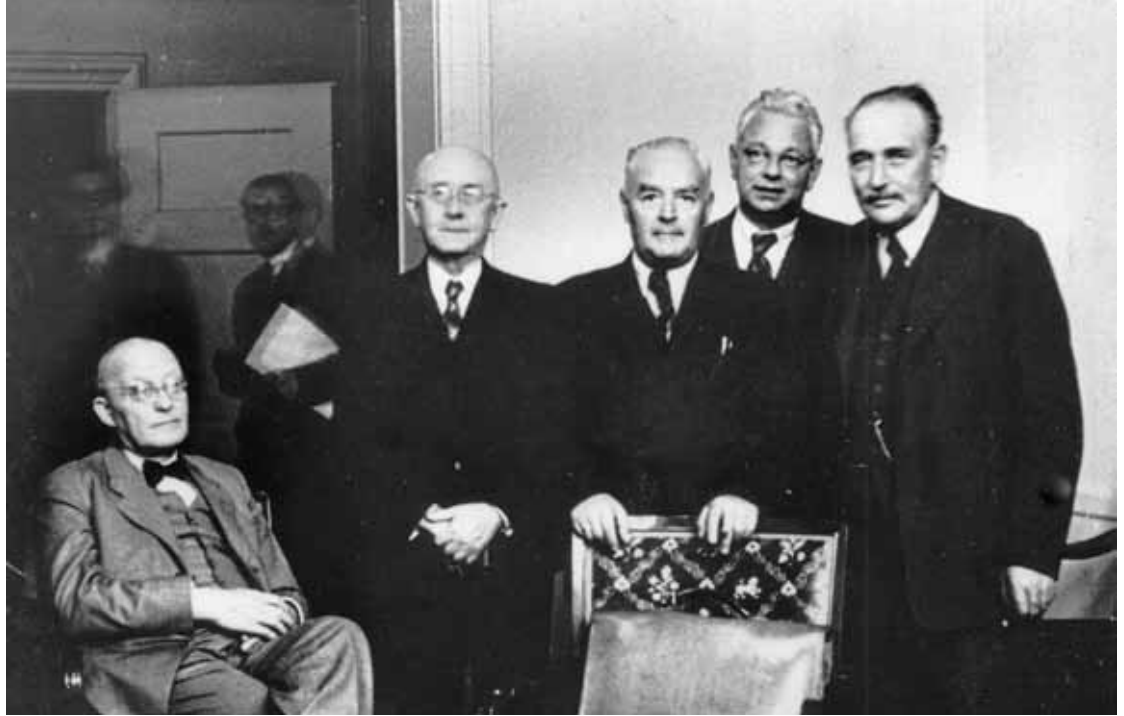


**S**ommer 1945 in Deutschland. Der Krieg war zu Ende, das Chaos in vielen gesellschaftlichen Bereichen noch lange nicht – und eine Antwort auf die Frage, was aus Deutschland werden soll, blieb noch aus. Sowohl die drei Alliierten im Westen als auch die Sowjets schlossen zu diesem Zeitpunkt keine Option aus, auch eine Vereinigung der Besatzungszonen nicht, taten sich aber in den folgenden Monaten und Jahren schwer, eine gemeinsame Lösung des Problems zu finden.

Die schwierige Lage in den Besatzungszonen ließ längeres Warten auf eine produktive Zusammenarbeit nicht zu. Die Sicherung einer ausreichenden Versorgung der deutschen

Bevölkerung hatte sich als äußerst kompliziert erwiesen, denn auf funktionierende Verwaltungen oder Regierungen konnten die Besatzungsmächte nicht zurückgreifen. Um diese Lücke auf der regionalen Ebene zu schließen, entschied sich anfänglich jede der vier Großmächte für sich allein für die Wiedereinführung der Länder. Was auf der Oberfläche nach Übereinstimmung aussah, ließ genauer betrachtet die Bruchlinien des bevorstehenden Kalten Krieges schon erahnen.

Auf der linken Seite der Elbe, wo die Westmächte das Sagen hatten, kristallisierten sich allmählich Pläne für einen neuen, föderalen Staat heraus, dessen Fundament Länder mit



Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, v.l.n.r. R. Amelunxen (NRW), E. Hübener (Sachsen-Anhalt), W. Höcker (Mecklenburg), K. Fischer (Innenminister von Sachsen), W. Kaisen (Bremen)

weitreichenden Kompetenzen bilden sollten. Die Einstellung der sowjetischen Besatzungsmacht zu den Ländern und ihrer Funktion war aber eine deutlich andere.

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“, brachte Walter Ulbricht, leitende Figur der deutschen Kommunisten in der SBZ und später erster Sekretär der sowjettreuen Sozialistischen Einheitspartei (SED), die Gesinnung auf den Punkt.

Für die Sowjets und ihre deutschen Gefolgsleute bestand der Anreiz einer Wiederherstellung der Länder in der Legitimation, die diese sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch unter internationalen Beobachtern genossen. Die Entscheidung für diese Regierungsform bedeutete aber nicht, dass die Besatzungsmacht bereit gewesen wäre, die politische Kontrolle der Zone aus ihren Händen zu geben. Tatsächlich zeugten zahlreiche Spannungen zwischen der Besatzungsbehörde und den Landesregierungen davon, dass die Sowjets in den Ländervertretern keine eigenständigen Verantwortungsträger sehen wollten, sondern eher Vollzieher einer von Besatzerseite bestimmten Politik.

Beispielhaft für die Kontroversen, die diese Beziehungen auszeichneten, war der Streit über die Teilnahme der Ostzone an der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder im Juni 1947, die vom bayerischen Landeschef Ehard organisiert wurde. Da sich die sowjetische Linie zu diesem Zeitpunkt gegen eine politische Einigung Deutschlands gewendet hatte, bemühten sich die Besatzungsbehörden, die Anwesenheit der

Ministerpräsidenten aus ihrer Zone zu unterbinden. Dank der Beharrlichkeit des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs und seiner ehemaligen SPD-Mitstreiter innerhalb der SED ließ sich eine Teilnahme trotzdem durchsetzen. Als Friedrichs aber plötzlich und völlig unerwartet ernsthaft erkrankte, musste seine Mitreise abgesagt werden. Er wurde durch seinen Stellvertreter Kurt Fischer, einen linientreuen Ex-KPD-Mann, mit dem Friedrichs in offene Konfrontation geraten war, ersetzt. Ohne Friedrichs kippten die Machtverhältnisse innerhalb der ostdeutschen Delegation zugunsten der Moskauer-Freunde. Diese schafften es, die Ost-Ministerpräsidenten zu einer frühen Abreise zu bewegen, indem sie einen Streit über die Tagesordnung anzettelten – ein Moment, der als Beginn der deutschen Teilung gelten kann. Denn auf die folgende Rittersturz-Konferenz (siehe Seite 12) wurden die Ministerpräsidenten aus dem Osten bereits nicht mehr eingeladen. Kurz nach der Rückkehr seiner Kollegen aus Bayern erlag Friedrichs seiner mysteriösen Krankheit. Schnell entstanden Gerüchte, sein Stellvertreter habe auch hier eine entscheidende Rolle gespielt. Zehn Jahren nach der friedlichen Revolution veranlassten die Ungereimtheiten dieser Episode die sächsische Landesregierung 1999 dazu, einen Untersuchungsbericht zum unaufgeklärten Tod Friedrichs zu beauftragen. Die Autoren konnten nach so vielen Jahren eine Mitschuld Fischers jedoch weder eindeutig bestätigen noch widerlegen.



**links:** Bodenreform in der SBZ 1945, Kurt Fischer, 1. Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, übergibt dem Kleinbauern Otto Huhle die Besitzurkunde über 2,5 ha Land.  
**unten:** Staatswappen der DDR bis Mai 1953. Erst danach wurden Hammer und Zirkel eingeführt.

Die endgültige Antwort der Nachkriegsepoche auf die „Deutsche Frage“ kam dann 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Auch wenn beide für sich in Anspruch nahmen, für das ganze deutsche Volk zu sprechen und die Einheit als höchstes Ziel ausgaben, gingen die zwei Staaten wie die Besatzungszonen in den vorangegangenen vier Jahren weiter getrennte Wege. In der DDR bedeutete dies eine Fortsetzung der Stalinisierung der Gesellschaft, jetzt unter der Regie der SED und ihres Chefs Walter Ulbricht.

1952 kündigte die SED auf ihrer zweiten Parteikonferenz den „Aufbau des Sozialismus“ an. Nach den großen Umwälzungen im wirtschaftlichen Bereich (Bodenreform, Verstaatlichung von Industrieanlagen) wollte die Partei die nächste Etappe der Transformation nehmen. Ein Teil dieser Arbeit war eine durchgehende Verwaltungsreform nach sowjetischem Muster, in deren Zuge die fünf Länder durch vierzehn Bezirke ersetzt wurden.

In der Öffentlichkeit begründeten Parteivertreter diese Änderung damit, dass die Länder als Überbleibsel des Kaiserreiches nicht mehr zeitgemäß seien. Eine Verkleinerung der Verantwortungsbereiche, so argumentierten sie, würde den Zugang der Bevölkerung zur Verwaltung wesentlich erhöhen. Privat hatte die SED-Führungsrige wohl andere Beweggründe für ihre Entscheidung, denn mit der Abschaffung der Ministerpräsidentenposten entledigte sie sich fünf möglicher Konkurrenten.



Auf dem Papier war das oberste Gremium eines Bezirkes der Bezirkstag, dessen Mitglieder von den Blockparteien und den Massenorganisationen bestimmt wurden. Nach Verhandlungen dieser nicht gleich starken Akteure entstand eine sogenannte „Einheitsliste“, die das Zepter in den Händen der „führenden Partei“, der SED, ließ und von der Bevölkerung dann in einer Wahl „bestätigt“ wurde. Geführt wurde der Bezirk vom Rat des Bezirkes, einer Art Kabinett, dessen Hauptaufgabe es war, Vorlagen zu entwerfen, über die dann vom Bezirkstag abgestimmt wurden.

Während in der BRD die Länder die Verantwortung über so wichtige Bereiche wie Bildung, Kultur und Polizei übernahmen, war der Spielraum der DDR-Bezirke aus zwei Gründen stark eingeschränkt. Erstens saß die reale Macht auf der regionalen Ebene nicht im Bezirkstag (oder dessen Rat), sondern in der Bezirksleitung der SED. Zweitens hatten sich die Bezirkstage nach dem streng hierarchischen System des „demokratischen Zentralismus“ der Staatsführung in Berlin unterzuordnen und sollten deren Beschlüsse (die wiederum vom Zentralkomitee bzw. Politbüro der SED vorgeschrieben wurden) nur umsetzen und nicht zur Debatte stellen.

Diese starke Zentralisierung der DDR-Strukturen hat einen Beitrag dazu geleistet, dass viele Bürger ihren Staat und sein politisches System als starr und unflexibel erlebten. Die von oben angeordnete Planung der Wirtschaft zum Beispiel hat sich mit den Jahren immer häufiger als realitätsfern erwiesen. Dass „Berlin – Hauptstadt der DDR“ als Machtzentrum und Schau-





links: Motiv des Protestes gegen „750 Jahre Berlin“  
rechts: Das 1. Kabinett der DDR 1949, 1. Reihe v.l.n.r. K. Steinhof, G. Dertinger, W. Ulbricht, O. Grotewohl, O. Nuschke, H. Kastner, F. Selbmann, H. Reingruber, 2. Reihe v.l.n.r.: H. Loch, M. Fechner, H. Rau, P. Wandel, E. Goldenbaum, G. Handke, L. Steidle, F. Burmeister

fenster des Landes eine bevorzugte Versorgung mit Konsumgütern und Wohnungen auf Kosten der Regionen genoss, hat die Einstellung vieler nur noch verschlimmert. Der Gipfel dieses Prozesses waren wohl die Vorbereitungen zur Feier des 750. Geburtstags Berlins 1987, als etliche Ressourcen wie ganze Brigaden von Bauarbeitern, die in ihren Bezirken dringend gebraucht wurden, in die Hauptstadt delegiert wurden.

Für manche DDR-Bürger bestand eine Antwort auf die Zwänge des zentralisierten SED-Staates in der Pflege einer regionalen Identität. Beispielhaft für diese Gesinnung waren die Autoaufkleber „781 Jahre Dresden“ oder „1026 Jahre Halle“, die 1987 plötzlich auftauchten. Sie galten als Symbol dieses Regionalstolzes und stiller Protest gegen die Berliner Geburtstagsfeier und das Regime, das diese angeordnet hatte. Ein weiteres Zeichen der Affinität für die Regionen war die andauernde Popularität der älteren Regionalgeschichte innerhalb der DDR-Bevölkerung, ein Gebiet auf dem viele versuchten, sich wenigstens teilweise dem durchpolitisierten Alltag zu entziehen. Ein starker Beweis dafür, dass manche Leute eine regionale Identität als Gegensatz zu dem von oben bevorzugten DDR-Bewusstsein verstanden, wurde während den Demonstrationen auf dem Weg zur friedlichen Revolution im Herbst 1989 zum Ausdruck gebracht. In vielen Orten, insbesondere in Sachsen und Thüringen, führten manche Demonstranten plötzlich die seit 1952 nicht mehr gesichteten oder erwünschten Länderflaggen mit.

Mit dem Ergebnis der ersten freien Wahl zur DDR-Volkammer in März 1990 wurde der Wille der DDR-Bevölke-

rung zu einer schnellen Einheit mit der Bundesrepublik eindeutig. Um dieses Ziel zu erreichen, handelten der neue DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und seine Regierung gemäß Artikel 23 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes, der den Beitritt von anderen Teilen Deutschlands zur Bundesrepublik ermöglichte. Als Teil dieses Prozesses sind die fünfzehn DDR-Bezirke abgeschafft und durch die fünf in 1952 getilgten Länder ersetzt worden. Am Tag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990, trat dieses neue alte Verwaltungssystem wieder in Kraft und lieferte damit noch einen weiteren Beleg dafür, dass, in den Worten des Ex-Kanzlers und früheren Bürgermeisters von West-Berlin Willy Brandt, „Jetzt zusammenwächst, was zusammengehört“.

---

AUTOR: JOHN PAUL KLEINER

*Jahrgang 1968, ist kanadischer Historiker. Zurzeit arbeitet er als Koordinator am Center for European Studies an der York University in Toronto. Zu seinen Schwerpunkten zählt die neuere deutsche Geschichte.*

---



Kollegen nur wenige von der Möglichkeit, sich ein gutes politisches Wissen anzueignen, Gebrauch machen. Ich möchte hiermit noch einmal alle Funktionäre unserer Massenorganisationen und alle Kollegen auffordern, sich an den Zirkeln der Parteschulung zu beteiligen.



# Die letzte Flasche Johannisbeerwein

Wie eine Familie 60 Jahre deutsche Geschichte erlebt – von der  
Gründung von Bundesrepublik und DDR über den Mauerbau  
bis zur Wende

— 1949

Als gehöre keiner mehr zum anderen, so wirken sie auf diesem Foto. Als verbinde sie nur Zufälliges, als strebten sie alle in unterschiedliche Richtungen, so stehen sie hier beieinander. Dass die fünf jungen Männer Brüder sind, dass die Frau in der Mitte ihre Mutter ist: ein fremder Gedanke. Man könnte einwenden, dass der Fotograf möglicherweise einen ungünstigen Moment gewählt habe und die sechs Personen hier schon kurz darauf ganz anders auf sich und die Kamera geschaut hätten. Aber dem ist nicht so.

Der Fotograf hat eine ganze Reihe von Aufnahmen gemacht, und als ich quer durch die Republik fuhr, zu den Brüdern oder ihren Witwen, um die Geschichten dieser Menschen, meiner Familie, zu erfahren, da fand ich bei jedem ein anderes Foto. Der Ausdruck der Gesichter jedoch, die Haltung der Körper, alles das war immer gleich. Äußerlich basiert das Foto noch auf der alten Ordnung, den alten Regeln: Man fertigt Familienfotos, und so stellt man sich dafür auf. Darunter jedoch war etwas zerbrochen. Etwas, das sich nicht so einfach kitten ließ wie eine entzweigebrochene Schale. Es gab lauter Einzelteile, Fragmente, und wo sie ihren Platz finden würden: Niemand hätte es sagen können. Sicher war nur, dass es die alten Plätze, die alte Ordnung nicht mehr gab. Das Alte war verloren, das Neue unsicher.

Das Foto ist im Garten des Hauses im Osten Berlins aufgenommen, in Wilhelmshagen, es stammt aus dem Jahr 1949. Da war meine Großmutter seit fünf Jahren Witwe. Sie stammte aus Kiel, und Heinz, den ehrgeizigen Juristen aus Berlin, hatte sie zu Beginn der dreißiger Jahre auf einer Wanderung durch Holstein kennengelernt. Sie hatten sich auf einer Rast getroffen, er merkte sich ihren Namen. Ein paar Tage später stand er vor der Tür ihrer Eltern, noch in Wanderstiefeln, aber mit einem Blumenstrauß in der Hand. So kam sie in die Hauptstadt.

Sie waren ein ungleiches Paar. Sie: Krankenschwester, Tochter eines Werftarbeiters aus dem Kieler Arbeiterstadtteil Gaarden. Er: Richter, Sohn des Reichsbankdirektors Richard Fuchs, Bewohner einer stattlichen Villa in Berlin-Schöneberg. Bei der Hochzeit gab es Zander-Schnitte mit Krebschwänzen. Ihr Vater blieb der Feier fern, ihm war diese Welt fremd. Ihre Schwiegermutter musste sie zeitlebens siezen. Zur Heirat schenkte ihnen sein Vater, der Reichsbankdirektor, ein Haus: jenes Heim, das er sich in den zwanziger Jahren in Wilhelmshagen als Sommerhäuschen hatte bauen lassen. Die Möbel für die Stube hatte der Herr Reichsbankdirektor selbst ausgesucht. Alles Mahagoni und Palisander, moderner Stil. Heinz verlor 1936 seine Stelle am Landgericht Moabit, seine Urteile passten den Machhabern nicht. Aber er fand neue Arbeit als Justiziar der Deutschen Edelstein-Werke. Sie lebten gut, auch mit drei, vier, am Ende fünf Söhnen.

1949 war meiner Großmutter von all dem nicht viel geblieben. Heinz, ihr Mann, war im Januar 1944 in Russland an Fleckfieber gestorben. Es gibt ein Foto von ihm und den Kindern, auch dies ist im Garten aufgenommen. Er kniet auf dem Boden, lächelt, eine Spielszene. Es ist das letzte echte Familienfoto.

Ihre Mutter war ebenfalls 1944 gestorben, sie war als psychisch Kranke von der SS im Landeskrankenhaus Meseritz in Brandenburg ermordet worden. Auch die Schwiegermutter starb in jenem Jahr, als Bomben bei einem Luftangriff die Villa in Schöneberg zerstörten. Ihren Schwiegervater, den Reichsbankdirektor, pflegte sie noch bis zu seinem Tod 1948. Er hatte keinen Grund, über das Ende der Nazi-Herrschaft zu trauern. Sie hatten ihn gleich 1933 entlassen, wahrscheinlich weil er bei einem Treffen des Direktoriums den Hitler-Gruß verweigerte, wie die „Times“ damals vermutete. Aber dass dieses Land nun zusammengebrochen war, verkraftete er nicht. Es schien ihm wie sein eigenes Ende.



links: Reichsbankdirektor Richard Fuchs mit Enkel Richard an seinem letzten Geburtstag 1949  
unten: Erna Fuchs ca. 1965

Kurz nach dem Krieg fuhren britische Offiziere bei ihm vor. Sie wollten ihn, der in der Weimarer Republik die Banknoten unterschrieben hatte und der in England wohl bekannt war, überreden, beim Aufbau der Bundesbank zu helfen. Er lehnte ab. Bevor sie aufbrachen, nannte er ihnen die Namen ehemaliger Mitarbeiter, vertrauenswürdiger Leute. Es war so etwas wie sein Gruß an die Republik, die da in den drei Westzonen bald entstehen sollte.

Da war sie nun also allein mit fünf Kindern in ungewissen Zeiten, ohne jede staatliche Unterstützung, und es wäre wohl verständlich gewesen, wenn sie sich auf die Sicherung des Überlebens konzentriert und für nichts anderes interessiert hätte. Aber so war es nicht. Sie saugte alle Nachrichten über das politische Geschehen geradezu begierig auf. Stets musste das Radio laufen, wenn sie daheim war, immer nur Rias, niemals ein Ost-Sender, so penetrant, dass es die Söhne nervte. Aber sie ließ davon nicht ab. Sie hatte eine Hilfe im Haushalt, Magda, und den schmalen Freiraum, den ihr dies verschaffte, füllte sie mit der Lektüre von Zeitungen und Büchern. Stets suchte sie nach Nachrichten, die ein Ende der russischen Vorherrschaft näher schienen ließen. Die DDR und die Teilung Deutschlands schienen ihr immer wie ein Irrtum, der bald korrigiert werden würde, ja müsste, und so kompromisslos-einseitig war sie in ihrer Ablehnung jener sozialistischen Ordnung im Osten Deutschlands und einer Art Verherrlichung des Westens, dass sie fast zwangsläufig in Konflikt mit den Vertretern der DDR kommen musste. Niemals wäre sie zum Beispiel auf die Idee gekommen, in der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 letztlich auch etwas zu sehen, was die Teilung



Deutschlands zumindest zunächst eher festschrieb, als dass es deren Überwindung gedient hätte.

„Hier hat sich nach 1945 nichts geändert“, sagte sie manchmal. „Hier wurden nur die Farben gewechselt. Aus braun ist rot geworden.“

Einmal sprach sie einen der russischen Soldaten an, die das benachbarte Haus in Beschlag genommen hatte. „Wenn ihr hier weg seid, bauen wir Deutschland wieder auf“, sagte sie. – „Wo wir einmal sind“, antwortete er, „da gehen wir nicht mehr weg.“

Meine Großmutter war eine hochgewachsene, schlanke Frau, in meiner Erinnerung hat sie fast immer ein ernstes Gesicht. Sie lächelte selten, es schien sich mit ihrer Vorstellung von Würde nicht gut zu vertragen, und so klang es meist strenger, als sie es vermutlich wollte, selbst wenn sie etwas Nettes sagte. Sie mochte keine Kompromisse. Manchmal schien es, als richte sich neben allen politischen Überzeugungen auch der Schmerz über all die Verluste gegen diesen Staat, in dem sie notgedrungen lebte. Ihre Söhne würden gehen müssen, das war ihr klar. Und es gehört wohl zur Ironie ihrer Geschichte, dass sie später, als sie endlich in jenen Staat ging, in den sie sich selbst so sehr hinüber wünschte, auf die andere Seite der Mauer – dass sie dort auch nicht glücklicher werden sollte.

## II – 1961

Eugen war der Jüngste. Von denen, die gehen wollten, war er der Letzte.

Es war am 13. August, einem Sonntag, morgens um neun, als seine Mutter in Ost-Berlin, in Wilhelmshagen, wie gewohnt das Radio einschaltete. „Lass doch die Kiste aus“, sagte Eugen noch zu ihr. Sie beachtete ihn gar nicht. Es war alles wie immer, nur waren die Nachrichten diesmal ganz andere. Von Bauarbeiten berichtete der Rias-Sprecher, von einer Mauer, die seit den frühen Morgenstunden quer durch Berlin und um den West-Teil der der Stadt herum gebaut werde. Es war die Meldung, die Eugen und seine Mutter befürchtet hatten, und die sie dann doch ganz unvermittelt traf. Eugen war vorbereitet, aber nun würde es vielleicht zu spät sein.



**oben:** Eugen, der jüngste und unbeschwerteste der fünf Brüder

**unten links:**

Im Westen angekommen: Richard und Eugen 1962 im Schwarzwald

**unten rechts:**

Albrecht (links) 1957 als Schiffsjunge

Eugen war immer der unbeschwerteste der fünf Brüder gewesen. Er war mitten im Krieg geboren worden, 1942, eineinhalb Jahre vor dem Tod des Vaters. An ihn hatte er keine Erinnerung, und seine Mutter verwandte alle Kraft darauf, ihn, den in die widrigsten Umstände hinein Geborenen, von allen Schrecken fernzuhalten. Ihrem vierten Sohn, dem zuvor Geborenen, hatte sie verübelt, dass er nicht das endlich ersehnte Mädchen geworden war. Sie hatte ihn in Mädchenkleider gesteckt und seine Haare wachsen lassen, in der anmaßenden Hoffnung, sie könne das Schicksal irgendwie korrigieren. Bei Eugen versuchte sie so etwas nicht, sie kam gar nicht auf die Idee. Er war für sie der Prinz, der die Älteren enthronte. Auf den Fotos im Garten strahlt er als einziger so etwas wie Unbekümmertheit aus. Das lag nur zum Teil an seinem Alter. Wo die anderen schon Männer wurden, war er noch Junge. Aber diese Jungenhaftigkeit wurde ihm zur Haltung.

Es ging für ihn kaum um Politik, wenn er mit seinen Lehrern oder der Pionierleitung in der DDR in Konflikt geriet. Als er am 17. Juni 1953 vom Klassenausflug in die Woltersdorfer Berge abends nach Hause zurückkam – spät, weil die S-Bahn wegen des Streiks nicht fuhr –, da freute er sich, weil seine Mutter sich freute. Für sie war der Aufstand ein Hoffnungszeichen. Für ihn war es eher ein Spiel, bei dem es endlich mal Zunder für die Roten gab.

Und als er später, während des Ernteeinsatzes, auf den Feldern den „River Kwai March“ piffte, lag ihm nicht an einer subversiven Aktion. Er mochte einfach den Film, aus dem das Lied stammte, „Die Brücke am Kwai“, er hatte ihn ein paar Mal gesehen. Wenn er seinen Onkel im Westteil besuchte, den Buchhändler aus der Taentzienstraße, dann ging er eben auch ins Kino. Dass vermeintliche Freunde der Pionierleitung davon berichteten, dass er bald als „Bandenführer“ unter Beobachtung stand: Es war kein politischer Überzeugungskampf, der ihn dies in Kauf nehmen ließ. Es war eher jugendlicher Trotz. „Mangelndes Interesse an unserer Gesellschaft“ warfen ihm die Lehrer vor. Auf das Gymnasium durfte er nicht. Vielleicht waren seine Noten zu schlecht. Vielleicht waren seine Noten zu schlecht, weil sie schlecht sein sollten.

Eugen machte eine Lehre zum Werkzeugmacher. Währenddessen verließen seine Brüder nach und nach die DDR. Albrecht, weil er zur See fahren, auf große Fahrt gehen und nicht nur die Häfen der sozialistischen Bruderstaaten sehen wollte. Richard, der Älteste, weil er vom Sozialismus nicht überzeugt war. Er hatte an der Freien Universität Physik studiert, dann bot ihm Siemens eine Stelle an, da blieb er gleich ganz im Westen. Detlev, der Eisenhüttenkunde an der Humboldt-Universität studiert hatte, weil man ihm die Karriere verwehrte, die er, der ehrgeizigste von allen, gern gemacht hätte. Nur Reinhart, der Zweitälteste, würde bleiben, das war klar. Reinhart, der mit seinem Schachspielen so erfolgreich war, der als einziger der Mutter in politischen Fragen immer widersprach, der immer gute Noten hatte. Eugen wollte nicht sein wie Reinhart. Eugen suchte sich ein Zimmer im Westteil, in Siemensstadt, und brachte am 6. August 1961 in der Dunkelheit einen Koffer



mit den wichtigsten Sachen in einer Laubenkolonie nahe der Kiefholzstraße im Bezirk Neukölln über die Grenze. Bekannte hatten ihm den Tipp gegeben, dass dort kaum bewacht würde. Dann fuhr er noch mal zurück, um sich zu verabschieden.

Woher er die Ruhe nahm, an jenem 13. August trotz der hektischen Meldungen über den Mauerbau zunächst noch zu seinen engsten Freunden zu fahren: Es ist wohl nur mit jenem kaum erschütterbaren Optimismus zu erklären, der Leichtigkeit des Jüngsten. Er fuhr umher, traf einen schon nicht mehr an (Altmann, dem er später im Westen wiederbegegnen sollte), und machte sich erst dann, gegen Mittag, wieder auf den Weg zu der Laubenkolonie an der Kiefholzstraße. Die Grenze, das war hier noch ein Drahtzaun. An einer Stelle war er kaputt. Eugen streifte an dem Zaun entlang, und mit einer blitzschnellen Bewegung wand er sich durch das Loch. Der nächste Wachposten stand 20 Meter entfernt. „Halt, stehenbleiben!“, rief er. Aber Eugen drehte sich nicht mehr um. Er rannte. Er wusste nicht, ob der Wachposten noch sein Gewehr auf ihn richtete. Er rannte einfach weiter. So lange, bis er inmitten der Schrebergärten ein Schild entdeckte. „Trink Coca-Cola!“, stand darauf. Da wusste er, dass er aufhören konnte zu laufen.

Als er endlich in seinem Zimmer ankam, nach der Anmeldung im überfüllten Aufnahmelager Marienfelde, nach erregten Diskussionen in Bussen und auf Straßen, setzte er sich auf seine Couch und weinte. Es sollte ja alles gut werden. Er würde auf die Abendschule gehen, studieren, Käfer fahren und eine gute Stelle bekommen, zunächst in Hamburg, und, als es ihm dort nicht mehr gefiel, bei Siemens in München. Aber das wusste er jetzt noch nicht, in diesem Moment auf der Couch. Da wusste er nur, dass er etwas verloren hatte. Seine Freunde, sein Zuhause.

Ein paar Tage später fuhr er zu seinem Onkel, dem Buchhändler. „Glaub ja nicht, dass du jetzt bei mir wohnen kannst“, begrüßte der ihn. Eugen hat ihn nie wieder dort besucht.

Vor einem Tisch stehend, den Blick gesenkt, die Hand an einer der Figuren auf dem kleinen Feld vor ihm: das ist Reinharts Haltung. Es gibt unzählige Fotos von ihm in dieser Pose, aufgenommen mal im VEB Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“, mal auf dem Alexanderplatz, mal in einer russischen Kaserne in Fürstenwalde, immer spielt Reinhart Schach gegen mehrere Gegner, Simultanschach. Es gibt auch andere Fotos von ihm, auf einem alten Schwarzweißbild zum Beispiel hackt er Holz. Die Axt scheint darauf viel zu groß für ihn, sie scheint mehr Herr über ihn als er über sie, eine linksische Haltung. In meiner Erinnerung sehe ich ihn vor mir, wie er in den achtziger Jahren an einer langen Festtafel steht, um eine Rede zu halten. Seit Großmutter 1965 in den Westen ausgereist war, hatten alle großen Familienfeiern immer im Osten stattzufinden. Es war eine Geste des Widerstands gegen die deutsche Teilung, aber natürlich auch Rücksicht auf Reinhart, seine Frau und die drei Kinder, die nicht in den Westen reisen durften. So aber war Reinhart bei jeder Feier automatisch auch Gastgeber, er musste diese Rede halten, und wahrscheinlich war das an der deutschen Teilung mit Abstand das Schlimmste für ihn. Man konnte ihm sein Unwohlsein in diesem Moment ansehen, es sprach ihm aus jedem Wort und jeder Geste. Reinharts Welt war das Schachspielen, nicht das Reden.

Als er am Abend des 9. November 1989 in dem alten Haus der Familie in Ost-Berlin, in Wilhelmshagen, vor dem Fernseher sitzt, kann er nicht glauben, was er sieht. Er ist weder erfreut noch besorgt. Er weiß nicht, was es bedeutet, dass da nun Menschen auf der Mauer stehen – für ihn, für seine Familie und für den Staat, der doch irgendwie auch seiner ist.

Für seine Brüder und seine Mutter war er ja immer nur der „rote Reinhart“, aber vielleicht war das von Anfang an auch nur ein Missverständnis. Natürlich, er hatte die DDR immer verteidigt, wenn seine Brüder auf den Staat schimpften und die BRD als das gelobte Land hinstellten, sei es früher, in den fünfziger Jahren, als alle noch daheim wohnten, oder später bei den Familienfeiern, bei denen es stets irgendwann Streit gab, wer nun im besseren Teil Deutschlands lebte. Er sah ja auch die Fehler, die Missstände, die es in der DDR gab. Aber vor allem war es für ihn doch das Land, in dem er Schach spielen konnte. Man ließ ihn trainieren, man förderte ihn, und so feierte er Erfolge. Gesamtdeutscher Jugendmeister 1952, DDR-Meister der Männer 1953 und 1956. Er durfte zu Schacholympiaden reisen, er vertrat dort sein Land. Nein, er verdiente keine großen Summen, nicht als Schachprofi und auch später nicht, als Redakteur der Zeitschrift „Schach“. Aber mit den Auftritten bei Simultan-Turnieren konnte er sich am Wochenende etwas dazuver-



Nebenverdienst durch Simultanschach. Reinhardt in den achtziger Jahren auf dem Alexanderplatz



1990 bei einem Treffen in Ost-Berlin, v.l.n.r. Detlev, Richard, Albrecht, Mutter Erna, Reinhard, Eugen

dienen, und als seine Mutter 1965 ausreisen wollte, konnte er über seinen Schachverband im Hintergrund ein gutes Wort für sie einlegen.

Er spielte für die DDR, und die DDR gewährte ihm Vorzüge. Und was bedeutete es nun, was er dort im Fernsehen sah?

Es bedeutete, dass seine älteste Tochter ihren Mann wiedersehen würde, der zwei Jahre zuvor bei einer Reise im Westen geblieben war, in der vergeblichen Hoffnung, man würde sie nachreisen lassen.

Es bedeutete, dass sie für ihren Schachklub TSG Oberschöneweide an Brett eins einen Großmeister aus Litauen engagieren konnten, der später bei einem seiner Besuche in Berlin plötzlich verstarb.

Es bedeutete, dass er seine Arbeit verlor, weil seine Schachzeitung eingestellt wurde, und er ein Altersübergangsgeld bekam, das höher war als zuvor sein Lohn.

Und es bedeutete, dass er und seine Brüder die Flasche Johannisbeerwein endlich trinken konnten. Es war die letzte Flasche jenes Weins, den ihr Vater gekeltert hatte, bevor er zum letzten Mal an die Front fuhr. Die Mutter und die Brüder hatten sich geschworen, die Flasche dann zu öffnen, wenn die Teilung Deutschlands, die Teilung der Familie, überwunden wäre. Die Mutter erlebte diesen Moment nicht mehr, jedenfalls nicht bewusst. Ihre Demenz hatte schon eingesetzt, bevor die Mauer fiel. Als der älteste Bruder den Korken herauszog, war der Wein mehr als 50 Jahre alt. Die Flüssigkeit schmeckte süßlich und konzentriert, fast wie Sherry. Reinhart hatte sich nie viel aus Alkohol gemacht. Er wusste nicht, ob er ihn mochte.

Manchmal, an guten Tagen, kann sich Reinhart an all das erinnern. Häufiger sind die schlechten Tage. Da weiß er nur mehr, was lange zurückliegt, und je näher die Ereignisse an die Gegenwart reichen, desto ferner sind sie ihm. Sein Bett steht in der Stube des Hauses in Wilhelmshagen, dort, wo früher sein Großvater, der Reichsbankdirektor, immer saß. Das Haus ist renoviert, es hat neue Fenster, die Dielen sind abgezogen und lackiert. Aber die Palisander-Möbel stehen noch immer dort, und viel deutlicher als früher sieht man jetzt, wie alt sie sind, aus welcher Zeit sie kommen. Sie haben sich über das Land verstreut, die Brüder: Einer, Albrecht, der Seefahrer, lebt im Norden, in Bremerhaven, Detlev, der Ehrgeizige, im Westen, in Dortmund, Eugen, der Jüngste, im Süden, in München. Richard, der Älteste, lebte in West-Berlin, er ist vor einigen Jahren bei einem Unfall gestorben. Reinharts Platz, ist hier, wo alles begann, und dies, so viel ist sicher, wird sein Platz bleiben.

---

**AUTOR: THORSTEN FUCHS**

*Jahrgang 1968, ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule München und arbeitet als Reporter bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“.*

---



Protestkundgebung  
am 6. 11. 1949  
in Frankfurt am  
Main gegen die  
Entscheidung des  
Bundestages, Bonn  
zur Hauptstadt der  
Bundesrepublik zu  
machen; im Hinter-  
grund der Dom



# Kampf um die Kapitale



Das „Bröckemännche“  
an der Bonner  
Rheinbrücke

## Wie Bonn Bundeshauptstadt wurde. Eine Geschichte aus den Gründungsjahren der Republik

**D**ie Bonner wussten, wie die Frankfurter zu beleidigen waren. Das „Bröckemännche“ streckte nach dem Wiederaufbau der Bonner Rheinbrücke 1949 sein Hinterteil in Richtung der hessischen Metropole. Die Steinskulptur hatte einst die Bewohner des rechtsrheinischen Stadtteils Beuel daran erinnern sollen, dass sie sich nicht an den Kosten des Brückenbaus beteiligt hatten, jetzt, an neuer Stelle auf dem linken Ufer platziert, verkörperte der kleine Mann in Hockstellung der Legende nach den Triumph der Bonner über die im Hauptstadtwettbewerb unterlegenen Frankfurter. Aber war es wirklich nur Wahlpech, das den ursprünglichen Favoriten stürzen ließ?

Die Geschichte beginnt etwas früher, 1947, als erste Überlegungen angestellt wurden, welche deutsche Stadt die Kapitale der zukünftigen Republik werden sollte. Vorschläge gab es genug, wirklich ernstzunehmende Kandidaten wenige. Und deren Zahl verringerte sich schnell. Nachdem Stuttgart mit seiner Bewerbung auf wenig Resonanz bei den Parlamentariern gestoßen war und Kassel von der „Bundessitz-Kommission“ eine mangelnde Infrastruktur aufgrund zu großer Kriegsschäden bescheinigt wurde, blieben Bonn und Frankfurt.

„Frankfurt war stets eine deutsche Stadt und eine Reichsstadt. Seine Geschichte verpflichtet es, das Allgemeininteresse über das eigene Interesse zu stellen. Seine politische Funktion gebietet ihm aber auch, sich höheren Anforderungen nicht zu verschließen“, ließ der Oberbürgermeister Walter Kolb im Juni 1947 verlauten. Er war sich absolut sicher, dass seine Stadt alles hatte, was man für die Repräsentation einer neuen deutschen Republik brauchte. Allein schon die Geschichte: vom 14. Jahrhundert an waren in Frankfurt die deutschen Könige und Kaiser gekürt und später gekrönt worden. Seit 1815 war Frankfurt dann Hauptstadt des deutschen Bundes, in den Jahren 1848/49 tagte in der Paulskirche das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament und mit den „Frankfurter Dokumenten“ hatten die West-Alliierten in genau dieser Stadt den Ministerpräsidenten der Länder den Schlüssel für die Gründung der Bundesrepublik überreicht. Ein Ort mit Tradition also.

Bonn blickte zwar auch auf knapp 2000 Jahre Geschichte seit der Gründung als römische Siedlung zurück und hatte eine Vielzahl unzerstörter Prachtbauten zu bieten – aber irgendwie mochte niemand in der so weit westlich gelegenen Stadt das politische Zentrum des zu gründenden Staates sehen.

Und so fing man in Frankfurt dann schon mal an, sich auf die bevorstehende große Aufgabe vorzubereiten. 1947 wurde der Bau des Goethehauses begonnen, im Mai 1948 die in neuem Glanz erstrahlende Paulskirche eingeweiht. Hier wollte man den künftigen Bundestag platzieren, bescheinigte den traditionsreichen Räumlichkeiten dann aber zu beengte Verhältnisse und ließ daraufhin an anderer Stelle einen Rundbau als Plenarsaal in spe hochziehen.

Kräftige Unterstützung erhielten die Frankfurter von der US-Regierung, die in der Main-City das Hauptquartier ihrer Streitkräfte, die Militärgouverneure und den Hohen Kommissar für Deutschland sitzen hatten. Auch als Wirtschaftszentrum war die Stadt bereits etabliert, die „Bank deutscher Länder“ war hier ebenso ansässig wie ein bereits wieder funktionierendes Messezentrum und nicht zuletzt einer der bedeutendsten Flughäfen.

Alles bestens also, oder? Erstes Misstrauen hätte sich einstellen können, als der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 nicht in Frankfurt, sondern eben im rheinischen Bonn zusammenkam. Nahmen es die Ministerpräsidenten tatsächlich krumm, dass die Frankfurter Hoteliers in ihren Herbergen bevorzugt reiche Geschäftsleute und Amerikaner bewirteten, aber höchst ungerne deutsche Landespolitiker? Vor allem hatten die Frankfurter die Rechnung ohne den großen Strategen und Ratspräsidenten Konrad Adenauer gemacht. Der gebürtige Kölner bevorzugte Bonn – möglicherweise begründet mit Lokalpatriotismus.

Am Rhein hatte man ebenfalls in die Zukunft gedacht. Im Oktober 1948 bewilligte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zehn Millionen Mark für den Ausbau neuer Tagungs- und Verwaltungsgebäude. Schon im Februar 1949 begann dann in Bonn der Bau des Bundeshauses – trotz fehlender Baugenehmigung. Den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die ja über die Hauptstadtfrage entscheiden



links: Hinweisschild an der Straße nach Bonn 1948

rechts: Beflaggung vor dem Bundeshaus in der Görresstraße in Bonn anlässlich der konstituierenden Sitzung des Bundestags am 7. September 1949

würden, gestaltete man das Leben derweil so angenehm wie möglich – die Kantine hatte Restaurantniveau, der Nahverkehr war für Parlamentarier kostenfrei, kurz: Bonn lud zum Bleiben ein.

Trotzdem galt Frankfurt noch am Tag der Abstimmung im Frühjahr 1949 als der sichere Sieger, bis eine inoffizielle Pressemitteilung – sie stellte sich später als fingiert heraus – für Aufregung sorgte. In dieser wurde der Unionsfraktion Uneinigkeit für die Wahl unterstellt – was die Betroffenen so natürlich nicht stehen lassen konnten und entsprechend einhellig abstimmten. Sogar die bayerischen Abgeordneten, die stets eine Hauptstadt nördlich der Mainlinie abgelehnt hatten, gaben ihre Stimme jetzt für Bonn.

Zwei Tage nach der Annahme des Grundgesetzes stimmten in einer geheimen Abstimmung am 10. Mai 1949 von den 63 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates 33 für Bonn als provisorische Hauptstadt, 29 für Frankfurt, eine Stimme war ungültig. Doch noch war für Frankfurt nicht alles verloren. Die endgültige Entscheidung in der Hauptstadtfrage blieb dem künftigen Bundestag vorbehalten.

Noch einmal flackerte ein Hoffnungsflämmchen in Hessen auf. Die gesamte SPD-Fraktion sowie einige CDU- und FDP-Abgeordnete unterstützten einen Antrag, die Bundesorgane doch an den Ufern des Mains statt am Fuße des Siebengebirges anzusiedeln. Walter Kolb übersandte am 14. August 1949 ein persönliches Glückwunschsreiben an alle Abgeordneten des neu gewählten Bundestages und legte als kleine Anregung für die bevorstehende Abstimmung eine Broschüre über den Wohnraum für die Bundesorgane in Frankfurt bei.

Eine Prüfkommision hatte eindeutige Zahlen vorgelegt, die Frankfurt als die weitaus günstigere Variante in Sachen Ausbau und Infrastruktur herausstellten. Doch auch die Befürworter Bonns legten einige Baukalkulationen vor – von denen keine einzige in den Folgejahren eingehalten wurde. Es reichte aber offenbar, um die Parlamentarier zu überzeugen.

Am 3. November 1949 stimmten 200 Abgeordnete gegen den Umzug des Parlamentes nach Frankfurt, 176 dafür. Schnell machte das Gerücht der Wahlmanipulation die Runde. Der Spiegel schrieb am 27. September 1950 über die angebliche Beeinflussung von Abgeordneten durch Geldzuwendungen in Höhen zwischen 1.000 und 20.000 Mark. Erstmals wurde in diesem Zusammenhang ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ins Leben gerufen, der allerdings zu keinem eindeutigen Ergebnis kam.

Der in Rhöndorf am Rhein heimische Kanzler hatte es fortan nicht weit von seiner Haustür bis zum Arbeitsplatz. Ansonsten wurde noch lange gebaut, um allen Anforderungen der Hauptstadtaufgabe gerecht zu werden. Erst 1991 waren die Arbeiten abgeschlossen. Da lag allerdings der Umzug der Bundesorgane nach Berlin schon in der Luft, wieder wurde abgestimmt. Die Stadt an der Spree hatte nach der Wiedervereinigung die Mehrzahl der Abgeordneten auf ihrer Seite. Doch die rheinischen Baubemühungen waren nicht vergebens. In Bonn werden nahezu alle bundeseigenen Gebäude weiterhin von Ministerien und anderen Institutionen genutzt.

Das Brückenmännchen steht übrigens heute als Nachbildung wieder auf der Beueler Rheinseite – eine stille Aussöhnung mit dem hessischen Rivalen? Der hat sich längst als Finanzzentrum und Wirtschaftsstandort von seiner Schmach erholt. Und im Rundbau mit dem geplanten Plenarsaal sitzt seit 1951 der Hessische Rundfunk.

---

J. W.

---

# Fließen, Blühen, Springen

Das Wappen von Nordrhein-Westfalen hätte auch ganz anders aussehen können. Wäre es 1947 nach den Vorschlägen der Bevölkerung gegangen, hätte die Ruhr eine Rolle gespielt, der Bergbau, die Rheinschifffahrt.

Der frischgebackene Landtag war aber eher enttäuscht von den etwa 1000 Entwürfen, die für einen offenen Wettbewerb zur Gestaltung des neuen Landeswappens angefertigt wurden. Keiner war darunter, der das neue Land in seiner Zusammensetzung angemessen darstellen konnte. Zusammengesetzt wurde Nordrhein-Westfalen 1946 von den Briten, die ihre Besatzungszone politisch neu gliederten. Die preußische Provinz Westfalen und der Nordteil der Provinz Rheinland wurden zusammengelegt. Ein halbes Jahr später wurde noch das eigenständige Land Lippe eingegliedert.

1948 lieferte dann der Düsseldorfer Künstler Wolfgang Pagenstecher einen Entwurf für das Landeswappen ab, der auch beauftragt wurde. Wie gewünscht vereinte er die drei historischen Wappen der Landesteile zu einem harmonischen Ganzen. Das silberne Wellenband des Rheins, das Westfalenross und die lippische Rose waren das gestalterische Material, die harmonische Einigung der Landesteile das gestalterische Ziel.

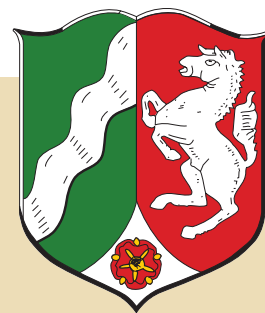
Dafür bedurfte es einiger Tricks: Der Verlauf des Rheins ist im Wappen der Provinz Rheinland von rechts unten nach links oben angelegt, dem geografischen Verlauf entsprechend. Diese Ausrichtung hätte aber auf dem neuen Wappen ausgesehen, als ob ein Pferd einen ansteigenden Weg hinaufgaloppiert. Fliehend womöglich. Aus dem Wappen, aus dem neu gegründeten Land hinaus. Daher drehte Pagenstecher das Wellenband – Rheinverlauf hin oder her, ein Wappen ist schließlich keine Karte – in die andere Richtung und erhielt so eine symbolisch-

ausgewogene Zugeneigtheit der Landesteile. Aber genau wie die Zugeneigtheit war auch die Ausgewogenheit nicht so ohne weiteres darstellbar. Das Westfalenross beanspruchte nämlich mehr Platz als der schlanke Rhein, weswegen das rote Feld eine Idee breiter werden musste als das grüne. Der Künstler lenkte von diesem leichten Ungleichgewicht ab, indem er dem Wappen eine geschweiften Oberkante aufsetzte.

2007 wurde das Wappen für die Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen vereinfacht und modernisiert. Auf das herrschaftliche Gold und Silber wurde ebenso verzichtet, wie auf die schweren schwarzen Umrandungen und Binnenzeichnungen. Und es traf auch das Westfalenross. Da die geschweifte Wappenoberkante nicht mehr zu dem einfachen Stil passte, mussten das rechte und das linke Feld gleich groß werden und das hieß für das Pferd: Noch weniger Platz! Für ein streitbares Schlachtross im Stile des eigentlichen Landeswappens – mit enormer Brust und beträchtlichem Hinterteil – nicht mehr artgerecht. Ein neues Pferd symbolisiert nun Westfalen, so schlank und leicht wie ein Fabeltier. Es muss nicht mehr im Krieg oder auf dem mittelalterlichen Turnierplatz durch körperliche Stabilität bestehen, sondern in unserer modernen Informationsgesellschaft mit Werten wie Flexibilität, Geschwindigkeit und biegsamer Jugendlichkeit.

Dieses Ross wird sich in einigen Jahrzehnten wieder anderen Anforderungen stellen und sein Aussehen wird sich neuen Zielen anpassen. Welche es auch immer sein mögen.

A.S.H.



Das silberne Wellenband auf grünem Grund symbolisiert den Rhein, seit 1815 die Rheinprovinz gegründet wurde und angemessen in dem großen preußischen Staatswappen neben den anderen Provinzialwappen aufgereiht werden sollte.

Das springende silberne Ross im roten Feld geht der Legende nach auf den Sachsenherzog Widukind zurück, den Gegenspieler Karls des Großen. Er tauschte nach



seiner Bekehrung zum Christentum sein schwarzes Pferd gegen ein weißes aus. Einzelne Landesteile, zum Beispiel Herford, führen bis heute das schwarze Pferd. Das Westfalenross ist damit eine Spielart des Sachsenrosses, wie es beispielsweise auf dem Landeswappen von Niedersachsen zu sehen ist. Es markiert aber seine Eigenständigkeit durch den aufgeworfenen Schweif und die eher steigende als springende Körperhaltung.



Die rote Rose im silbernen Feld ist seit 1193 als lippisches Wappen nachgewiesen. Damit ist die Rose das älteste Element des nordrhein-westfälischen Wappens. Im Landeswappen zeigt ein Kelchblatt nach oben und ein Blütenblatt nach unten. Im Kreiszusammenhang ist das umgekehrt.



# Kleiner Staat, große Oper

Die Bundesrepublik besitzt fast so viele Musikbühnen wie der gesamte Rest der Welt. Das ist ein Erbe der Kleinstaaterei von einst – und eine Herausforderung für den Föderalismus von heute



Staatstheater  
Cottbus

Das Größte an Neustrelitz ist schwer zu finden. Von Bahnhof kommend, durchmisst der Besucher zunächst die Einkaufsmeile der mecklenburgischen Kleinstadt, gelangt dann auf den so übergroßen wie menschenleeren Marktplatz, um sich schließlich nach links zu wenden und einige Minuten später den bezaubernden kleinen Schlosspark zu erreichen. Das Schloss freilich ist nur noch eine Attrappe aus langsam verwehenden Plastikplanen, das Original wurde bei Kriegsende 1945 zerstört.

Erst jetzt, fast schon außerhalb des Ortes, zeichnet sich hinter den Bäumen ein riesenhaftes gelbes Gebäude ab. „Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben“, steht auf dem Giebel über dem Säulenportal. „Bewahret sie – sie sinkt mit Euch, mit Euch wird sie sich heben.“ Dahinter erhebt sich ein Bühnenturm, und richtig: Es ist das Theater, ein Mehrspartenhaus samt Opernensemble, mit 220 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber der Region.

„Die Sache Makropoulos“ steht für diesen Abend auf dem Spielplan, das schwergewichtige Stück des Tschechen Leos Janacek über das Unglück einer Frau, die durch ein Elixier unsterblich wurde und nun schon seit 300 Jahren sterben muss. Eine aufwändige Produktion, ein Dutzend Solopartien

gilt es zu besetzen, plus Männerchor und großem Orchester. Und das hier, in einer Stadt mit nur noch 22.000 Einwohnern, in einem Theater mit gerade 400 Plätzen. Oper, die aufwändigste aller Künste, der Inbegriff von Luxus und Verschwendung, den sich zeitweise selbst die Hauptstadt Berlin kaum noch leisten wollte.

Es ist die beinahe letzte Erinnerung daran, dass Neustrelitz bis zum 31. Dezember 1933 Hauptstadt war, Regierungssitz des Freistaats und vorherigen Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz. Wie hier im entlegenen Nordosten, so hat auch andernorts in Deutschland die einstige Kleinstaaterei ihre kulturellen Spuren hinterlassen. Rund achtzig feste Opernensembles gibt es trotz aller Spardebatten der vergangenen Jahre immer noch in der Bundesrepublik, fast so viele wie im gesamten Rest der Welt. Beinahe die Hälfte davon sind frühere Hoftheater deutscher Provinzpotentaten, der Rest die Stadttheater eines Bürgertums, das den Fürsten nicht nachstehen wollte.

Freud, aber bisweilen auch Leid des deutschen Föderalismus zeigt sich nirgends so deutlich wie an diesen Opernbetrieben. Die Kleinstaaterei hat Deutschland eine Dichte an Kultureinrichtungen beschert, die weltweit ihresgleichen sucht. Bisweilen hat sie aber auch die Konzentration auf wirkliche



Spitzenleistungen behindert. In der Weltliga der großen Musikbühnen zwischen Wien und Paris, Mailand und New York können nur wenige Häuser in Deutschland mithalten.

Rund achtzig feste Opernensembles spielen zwischen Flensburg und Freiburg, zwischen Aachen und Görlitz. Das sind annähernd so viele wie im gesamten Rest der Welt. Die Mehrzahl der Solisten, Chöre und Orchester sind nicht an den Opernhäusern der Großstädte engagiert, sondern an kleineren Mehrspartenhäusern. Sie teilen sich also Bühne und Technik, Verwaltung und Werkstätten mit Schauspiel und Ballett. Wäre das Modell nicht schon mehr als hundert Jahre alt, spräche man von Synergien.

Nicht nur in Mecklenburg entstammen viele dieser Häuser einer Tradition als Hoftheater, oft schon seit dem 18. Jahrhundert. So sind im nordrhein-westfälischen Detmold, einst Regierungssitz des Landes Lippe, noch immer die Opern Richard Wagners in aufwändigen Produktionen zu erleben. So prunkt der Zuschauerraum im niedersächsischen Oldenburg noch immer mit neobarockem Stuck.

Bayern ist auch hier der große Sonderfall, ein Zentralstaat inmitten des Föderalismus. Nach außen auf die Wahrung des Bundesstaatsprinzip bedacht, haben die Münchener Regierungen seit der Gründung des modernen Bayern vor 200 Jahren das Land so zentralistisch auf die Hauptstadt ausgerichtet wie kein anderes. So finanziert der Freistaat in München mit der Bayerischen Staatsoper nicht nur das teuerste Musiktheater der Republik, sondern mit dem Staatstheater am Gärtnerplatz gleich auch noch eine zweite Spielstätte.

Der Preis des Zentralismus zeigt sich außerhalb der Hauptstadt: Die übrigen Opernensembles zwischen Würzburg und Passau sind der Trägerschaft klammer Kommunen anheim gegeben, regelmäßige Kürzungs- oder Schließungsdiskussionen inklusive. Nach zwei Jahrhunderten des Kulturzentrismus zeigte sich die Münchener Zentrale 2005 immerhin bereit, die Nürnberger Oper zum ersten Staatstheater außerhalb Münchens aufzuwerten. Nicht ganz freiwillig zahlt das Bayerische

Staatsministerium für Kunst dagegen die Zuschüsse an die Oper im entlegenen Coburg: Als sich die zuvor thüringische Kleinstadt 1920 den Bayern anschloss, musste sich der Freistaat im Gegenzug zum Unterhalt des Theaters verpflichten.

Den krasssten Gegensatz zum bayerischen Zentralismus bildet bis heute der Binnenföderalismus im benachbarten Thüringen, das 1920 aus dem Zusammenschluss von acht Kleinstaaten entstand. Noch heute finden an acht Standorten regelmäßige Operaufführungen statt. Eigentlich verfügt das Land mit Weimar über eine unbestrittene Kulturmetropole. Nicht nur wegen der literarischen Klassiker und einer großen Musiktradition, sondern auch aus politischen Gründen. Als Großherzogtum war Sachsen-Weimar das ranghöchste unter den lokalen Fürstentümern, was der Stadt in der Zwischenkriegszeit den Status der ersten Landeshauptstadt Thüringens eintrug.

Damit begannen auch die Eifersüchteleien. Der heutige Regierungssitz Erfurt hatte als kurmainzische, dann preußische Provinzstadt nie über ein bedeutendes Opernensemble verfügt. Selbst die SED-Genossen hatten es nicht gewagt, den Status des weltbekannten Weimar zugunsten ihrer Bezirkshauptstadt anzutasten. Das änderte sich nach der Wende, als die Landespolitiker beschlossen, sich ein eigenes neues Opernhaus zu bauen – in dessen riesigem Orchestergraben sich jetzt die 59 Musiker des örtlichen Orchesters verlieren, verglichen mit den 100 Instrumentalisten im benachbarten Weimar ein überaus bescheidenes Ensemble.

Die bescheidenen finanziellen Mittel des Zweimillionenstaates müssen aber noch für sechs weitere Bühnen hinreichen. Hinter den Bergen des Thüringer Waldes gilt es, das Südthüringische Staatstheater in Meiningen zu unterhalten, einer Kleinstadt von Neustrelitzer Dimensionen. Sie ist im Besitz einer Bühne von Rang, seit der örtliche Theaterherzog Georg II. Ende des 19. Jahrhunderts mit Schauspielensembles und Konzertorchester auf gefeierte Tournées durch ganz Europa ging. Das gewaltige Theatergebäude mit rund 750 Plätzen, im Jahr 1909 eröffnet, erinnert in seinen Dimensionen eher



v. l. n. r.: Deutsches Nationaltheater Weimar, Aalto-Theater Essen, Landestheater Neustrelitz, Hamburgische Staatsoper

an die Stuttgarter Staatsoper als an ein Provinzhaus – und es erreicht, dank eines ausgedehnten Netzes von Theaterbussen aus dem benachbarten Bayern und Hessen, in seinen besten Zeiten Auslastungsquoten von annähernd 100%.

Hinter Weimar, Meiningen und Erfurt verblasen die übrigen Ensembles. In den einstigen Residenzstädten Gera und Altenburg ist es gelungen, durch eine Theaterfusion weiterhin Aufführungen von beachtlicher Qualität zu ermöglichen. An den drei übrigen Standorten Nordhausen, Eisenach und Rudolstadt hingegen haben Spartenschließungen und wechselnde Kooperationen das Programm zunehmend ausgedünnt – allen Interventionen lokaler Interessenvertreter zum Trotz. Am Ende kam es zu einer gewissen Zentralisierung: Im Jahr 2008 erkannte die thüringische Landesregierung die Weimarer Bühne offiziell als Staatstheater an.

Zugleich war damit die Diskussion endgültig erstickt, das Weimarer Theater womöglich der Obhut des Bundes zu unterstellen – im Verein mit der Berliner Staatsoper Unter den Linden, deren Unterhalt das Budget des finanzschwachen Stadtstaats notorisch zu überfordern schien. Die endlose Debatte über die finanziellen Nöte und künstlerischen Schwächen der drei hauptstädtischen Opernhäuser stand in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wende exemplarisch für die Grenzen des deutschen Kulturföderalismus. Ursprünglich hatte die Großmacht Preußen für die Lindenoper bezahlt, während die wohlhabende Stadt Charlottenburg bei Berlin die heutige Deutsche Oper finanzierte. Jetzt fielen beide Zuständigkeiten in einem wirtschaftsschwachen Stadtstaat zusammen.

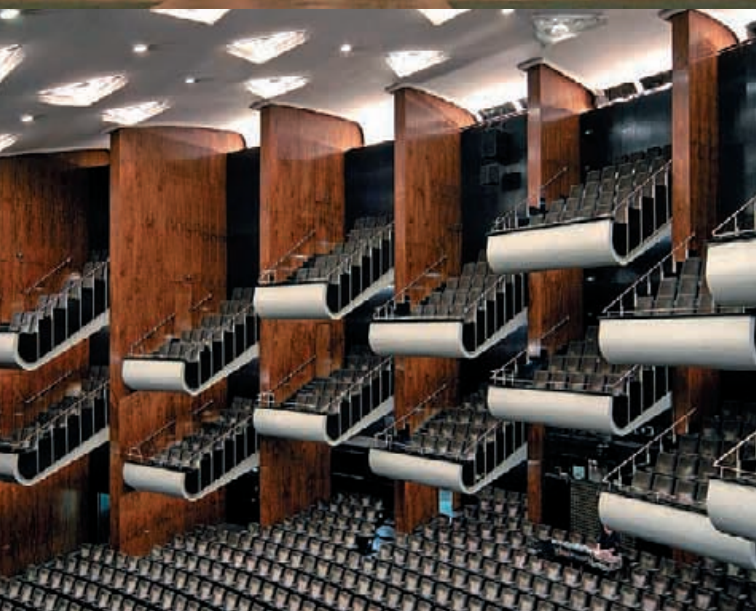
So lautet die bange Frage, die sich mancher Musikfreund stellt: Wie lange noch? Unzählige Spardebatten haben in den vergangenen Jahren zu dem Eindruck geführt, als sei die Auflösung der vielgestaltigen deutschen Opernlandschaft nur noch eine Frage der Zeit. Die frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer schlug schon vor, das deutsche Theatersystem als Weltkulturerbe unter Schutz zu stellen. Vergessen wird dabei gerne, dass die Bühnen in früheren

Jahrhunderten oft unter weit prekäreren Verhältnissen operierten. So entließ der Meininger Theaterherzog kurzerhand seine Opersänger und investierte lieber in die Qualität von Schauspiel und Konzert. Goethes Weimarer Großherzog stellte den Spielbetrieb in Zeiten klammer Kassen sogar kurzerhand ein.

Doch erweisen sich die föderalen Strukturen in ihrer Beharrungskraft als erstaunlich stabil, während etwa in Italien die Zuschüsse des Zentralstaats selbst für das bescheidene Dutzend Opernhäuser mit ganzjährigem Spielbetrieb kaum noch ausreichen. Rund zwei Milliarden Euro jährlich schießen Länder und Kommunen hierzulande an Subventionen jährlich zu. Auch wenn die ständigen Warnrufe der Kulturschaffenden anderes suggerieren, kam es fast nie zur Schließung von Standorten – mit der einzigen Ausnahme Brandenburgs, das den Sog der Metropole Berlin zu spüren bekam.

Jahr für Jahr strömen in Deutschlands Opernhäuser so viele Zuschauer wie in die Stadien der Fußball-Bundesliga – rund zehn Millionen Menschen, rechnet man alle Genres des Musiktheaters zusammen, einschließlich Operette und Musical. Schwierig wird es allenfalls in jenen Regionen Ostdeutschlands, in denen durch Abwanderung gerade kulturbeflissener Eliten das Potenzial der Häuser Jahr um Jahr schrumpft.

So auch in Neustrelitz. Wenige Tage vor der „Makropoulos“-Vorstellung klingelt zu Hause in Berlin das Telefon. Leider müsse die Vorstellung abgesagt werden, sagt die Dame von der Theaterkasse. Es ist ihr spürbar peinlich, und auf die Frage nach den Gründen druckst sie erst herum. „Nun ja“, sagt sie dann, „es ist halt eine sehr aufwändige Produktion. Und dafür sind es einfach zu wenig Zuschauer.“ In letzter Instanz ist es eben doch der Souverän, der über die Zukunft des föderalen Erbes entscheidet – einst der Großherzog, heute das Publikum.







1. Reihe v.l.n.r. Staatstheater Nürnberg, Staatstheater Darmstadt, Staatstheater Cottbus, Opernhaus Bayreuth, 2. Reihe v.l.n.r. Oper Köln, Staatsoper Stuttgart, Goethe-Theater Bad Lauchstädt, Nationaltheater München, 3. Reihe v.l.n.r. Meininger Theater, Staatsoper Hannover, Landesbühne Sachsen in Radebeul

AUTOR: RALPH BOLLMANN

*Jahrgang 1969, leitet das Berliner Parlamentsbüro der „tageszeitung“. In seiner Freizeit bereist er die deutschen Opernhäuser. Rund fünfzig der achtzig Bühnen hat er schon besucht.*

# Der umstrittene Feiertag

2. Juni, Fest der Republik. Italien feiert mit Pomp und Paraden den Jahrestag des Volksentscheids von 1946. Damals wurde die Monarchie abgeschafft und die verfassungsgebende Versammlung für die Republik gewählt.

**H**eute wird die „Festa della Repubblica“ mit Kranzniederlegungen, Konzerten und viel Militärpräsenz begangen. Bei der zentralen Veranstaltung in Rom marschieren Soldaten, Militärpolizisten und Feuerwehrleute über die Straße zwischen dem Kolosseum und der Piazza Venezia, die einst Mussolini als „Via dei Fori Imperiali“ eigens für militärische Aufmärsche erbauen ließ. Anderthalb Stunden dauerte die Show mit über 7000 Teilnehmern am 2. Juni 2008, zum Abschluss färbte die Kunstfliegerstaffel der „Frecce Tricolori“ den bleigrauen Himmel über Rom in den Nationalfarben Weiß, Rot und Grün. Es regnete in Strömen, ungewöhnlich für den römischen Frühsommer. Deshalb waren nur einige Hundert Zuschauer zur Parade gekommen – zur 60-Jahr-Feier 2006 hatte es bei strahlendem Sonnenschein zwischen den Kaiserforen keinen einzigen freien Platz gegeben.

### Ein vergessener Feiertag

Der 2. Juni ist ein Bürgerfest. Nicht nur in Rom, im ganzen Land gibt es Veranstaltungen. Sicher, ein nicht unbeträchtlicher Teil der Italiener nutzt den Tag für einen Ausflug an den Strand. Doch in den Städten bleibt immer eine Menge von Menschen, die den Nationalfeiertag begehen wollen.

Einen Feiertag, der lange in Vergessenheit versunken war. 1977 schaffte der damalige Regierungschef Giulio Andreotti das Republikfest zusammen mit drei anderen Festtagen einfach ab – mit der lakonischen Begründung, die Italiener sollten in Zeiten von Wirtschaftskrise und horrender Inflation besser arbeiten als feiern. 1993 wurde dann – der Sparzwang! – auch noch der feierliche Empfang für die Vertreter der Institutionen gestrichen, den der Staatspräsidenten bisher in seiner Residenz, dem Quirinalspalast, gegeben hatte. Damit war der 2. Juni endgültig ein Tag wie jeder andere. Und Italien eine Republik, die ihren Gründungstag nicht mehr feierte.

Das änderte sich erst 2001 wieder. Der damalige Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi, Staatsoberhaupt von 1999 bis 2006, führte den Feiertag wieder ein. Er stellte einen neuen

Verfassungspatriotismus in den Mittelpunkt seines Wirkens. Die Nationalhymne und die nationalen Feiertage erfuhren unter ihm wieder große Bedeutung – am 2. Juni öffnete er Festsäle und Park des Quirinalspalastes dem Volk. Es kamen Massen von Römern und Touristen, der alte, neue Feiertag geriet zu einem gigantischen, fröhlichen Sommerpicknick. Endlich schien der Palast, im dem einst die Päpste und dann die italienischen Könige Hof gehalten hatten, dem Souverän zu gehören, und das Volk hielt Einzug für einen Tag. Giorgio Napolitano, 2006 zum Nachfolger Ciampis gewählt, vertritt einen ähnlichen Verfassungspatriotismus wie sein Vorgänger.

Die Hinwendung der Staatsoberhäupter zu den Symbolen der Verfassung hat weit zurückreichende Gründe: Genau wie Ciampi gehörte Napolitano zur antifaschistischen Befreiungsbewegung, der Resistenza. Genau wie Ciampi hatte Napolitano persönlich 1946 an dem Volksentscheid teilgenommen, mit dem Italien zur Republik wurde.

Das Referendum vom 2. Juni 1946 hatte einen Schlussstrich unter Faschismus und Monarchie gezogen. Italienerinnen und Italiener entschieden sich für die Staatsform der parlamentarischen Demokratie, für eine Republik mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt anstelle eines Königs. Die Abschaffung der durch die Kollaboration mit dem Faschismus kompromittierten Monarchie bedeutete einen Wendepunkt: Das neue Italien hatte sich vollkommen von dem alten Regime befreit, zunächst mit dem Widerstand der Resistenza, schließlich durch das Referendum.

Die ebenfalls am 2. Juni gewählte verfassungsgebende Versammlung entließ die Königsfamilie Savoyen ins Exil. Der letzte König, Umberto II., seine Frau, seine Kinder und deren zukünftige Nachkommen sollten nicht mehr nach Italien einreisen dürfen. Das Einreiseverbot für die männlichen Mitglieder des Hauses Savoyen wurde erst 2002 aufgehoben.

Im November 2007 sandten der Sohn Umbertos, Vittorio Emanuele von Savoyen und dessen Sohn Emanuele Filiberto eine Schadensersatzforderung über 260 Millionen Euro an

die Republik Italien. Über diese Forderung ist noch nicht entschieden – die Episode zeigt, dass der 2. Juni 1946 durchaus noch nicht Vergangenheit ist. Tatsächlich existieren bis heute monarchistische Organisationen – neben den Anhängern des Hauses Savoyen gibt es die Neobourbonen, die sich sogar für die Rückkehr des Königreichs zweier Sizilien stark machen, also den Zustand vor der Einigung Italiens im Jahre 1861 zurückwünschen. Die Monarchisten und andere konservative Kräfte hatten den Ausgang des Referendums lange angezweifelt und behauptet, das Ergebnis sei nur mit massiven Einschüchterungen der Wähler erreicht worden.

12,7 Millionen Italiener (54,3%) hatten für die Republik, 10,7 Millionen für die Beibehaltung der Monarchie gestimmt. Dabei gab es starke regionale Unterschiede. So erreichte in von traditionellen Klientelbeziehungen beherrschten Süditalien und in der Region um die Hauptstadt Rom die Monarchie eine große Mehrheit von teilweise mehr als 70%. Im Norden und in Mittelitalien setzte sich die Republik durch.

### **Der Präsident als Garant der Verfassung**

Die Republik vom 2. Juni wird von ihren Bürgern noch immer als „unfertiges“ Konstrukt empfunden. Die Italiener haben bis heute kein großes Vertrauen in ihre Institutionen. Umfragen aus dem Jahr 2008 ergaben, dass nur 16% Vertrauen in das Parlament haben. 40% waren der Ansicht, dass Italien niemals eine wirkliche Nation werden könne, weil die ökonomischen und kulturellen Unterschiede zwischen Norden und Süden zu groß seien. Auf die Frage, worauf sie als Italiener besonders stolz seien, antworteten fast 80%: „Auf unsere Kunst, Kultur und Küche.“ Nur 37% waren auch stolz auf die Verfassung.

Um so wichtiger, dass sich auch Giorgio Napolitano genau wie sein Vorgänger als oberster Garant der Verfassung begreift. Mit dem Hinweis auf diese Funktion kann sich der italienische Präsident etwa weigern, Notverordnungen oder Gesetze zu unterzeichnen. Dass sowohl Ciampi als auch Napolitano von diesem Recht Gebrauch machten, hat die Position des Staats-

oberhauptes in der Öffentlichkeit erheblich gestärkt. Der Präsident gilt als „letzte Instanz“ in einem Staat, der von den eigenen Bürgern bis heute als schwach empfunden wird. Das Staatsoberhaupt ist Garant der Einheit des Landes – es wird deshalb genau registriert, ob er in seiner Amtszeit auch wirklich alle 20 italienischen Regionen besucht. Italien ist ähnlich wie Deutschland ein junger Nationalstaat. Bis heute bestehen große regionale Unterschiede – das Pro-Kopf-Einkommen etwa ist in Piemont, der Lombardei, in Venetien und der Emilia Romagna mehr als doppelt so hoch wie in Kampanien, Kalabrien und Sizilien. Umgekehrt ist die Arbeitslosigkeit im Süden doppelt so hoch wie im Norden. Und Abspaltungstendenzen sind den Italienern nicht fremd: So ist der präsidiale Stolz auf die Verfassung auch als Kontrapunkt zum erstarkenden Autonomismus in Norditalien zu verstehen, wo die Lega Nord zur stärksten Partei avanciert war. Auf dem Programm der Lega stand bis Mitte der 1990er Jahre die Abspaltung des ökonomisch dominierenden Nordens vom übrigen Italien. Und obwohl sich die Lega Nord mit der Einbindung in Regierungskoalitionen der rechten Mitte von ihren separatistischen Zielen weitgehend verabschiedet hat, identifiziert sich die stärkste Partei des Nordens nach wie vor nicht mit nationalen Symbolen wie der Nationalhymne, der Trikolore-Fahne und eben dem Fest der Republik. So nahmen ihre Minister nicht an den Feiern zum 2. Juni 2008 in Rom teil. Damals bezeichnete Präsident Giorgio Napolitano den Feiertag als „Symbol und Fundament der Demokratie in unserem Land.“

### **Streit um die Feiertage**

Von den 555 Mitgliedern der neu gewählten verfassungsgebenden Versammlung waren 207 Christdemokraten, 115 Sozialisten und 104 Kommunisten. Die in der Versammlung vertretenen Parteien repräsentierten den so genannten „Arco Costituzionale“ (Verfassungsbogen). Damit waren Parteien gemeint, die sich vorbehaltlos zum Antifaschismus und zur demokratischen Verfassung bekannten. Dagegen gehörte



**links:** Italienische Feuerwehrmänner, vigili del fuoco  
**Mitte:** Italienische Soldaten und andere uniformierte Streitkräfte des italienischen Staates  
**rechts:** Italienische Feuerwehrmänner in Schutzanzügen fahren während der Parade mit Einsatzfahrzeugen

die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano (MSI) nicht zum Arco Costituzionale. Die MSI blieb deshalb bis 1994 von Bündnissen und Koalitionen der demokratischen Parteien ausgeschlossen. Das änderte sich mit der Auflösung der Christdemokraten (DC) und der Sozialisten (PSI) infolge der Korruptionsskandale Anfang der 1990er Jahre und mit dem Aufkommen der von Silvio Berlusconi gegründeten Politbewegung „Forza Italia.“

Nach seinem Sieg bei den Parlamentswahlen 1994 bildete Berlusconi eine Koalition mit der MSI, die ihrerseits 1995 in der Neugründung Alleanza Nazionale aufging. Diese neue Partei hat sich inzwischen deutlich von Faschismus und Totalitarismus distanziert. Dass Parteichef Gianfranco Fini den Faschismus als „Verkörperung des absoluten Bösen“ bezeichnete, führte zu einer Abspaltung offen neofaschistischer Parteien von der Alleanza Nazionale. Seit 2008 hat Fini als Präsident der Abgeordnetenkammer das dritthöchste Amt im Staat inne.

Die Auflösung des „Arco Costituzionale“ und die Beteiligung einer Nachfolgepartei der MSI an Regierung und staatlichen Institutionen der Republik hat unter anderem auch zu einer Debatte um die nationalen Feiertage geführt. Während Alleanza Nazionale sich anders als die Lega Nord als Partei der nationalen Einheit versteht und deshalb den 2. Juni als Nationalfeiertag unterstützt, ist ihr der 25. April als Feiertag weniger genehm. An diesem Tag feiert Italien die Befreiung vom Faschismus und gedenkt der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft. Anders als der 2. Juni stand der 25. April als Nationalfeiertag nie zur Disposition und wurde deshalb von der Bevölkerung als „wichtigerer“ Feiertag wahrgenommen. In den letzten Jahren wurde jedoch auch der 25. April zum Gegenstand politischer Debatten. Einige Vertreter der Regierungsparteien, zu denen auch Alleanza Nazionale gehört, wünschen, dass dieser Tag ein allgemeiner Gedenktag wird und dass an ihm auch die „Soldaten von Salò“ geehrt werden. Die Republik von Salò war nach dem Waffenstillstand Itali-

ens mit den Alliierten 1943 das letzte von Hitler kontrollierte Refugium des faschistischen Diktators Mussolini und seiner Getreuen.

Die Debatte um die Nationalfeiertage zeigt, wie zerrissen Italien im Umgang mit der eigenen Vergangenheit und der nationalen Identität bis heute ist. Auf diese Weise werden auch Gedenktage immer wieder Gegenstand der Tagespolitik. So wurde neben dem 2. Juni und dem 25. April der 10. Februar als nationaler Gedenktag für die Opfer der Tito-Partisanen eingeführt, allerdings ist dieser Tag ein Arbeitstag geblieben. Auch gibt es Bestrebungen, den 4. November als Jahrestag des italienischen Sieges im Ersten Weltkrieg wieder als Feiertag einzuführen. Diskussionen um die Bedeutung der Gedenktage und um die Symbole der „Italianità“ also, wörtlich übersetzt, des „Italienisch-Seins“ prägen nicht zuletzt den Alltag in einem Land, das sich in den vergangenen zwanzig Jahren extrem schnell vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland gewandelt hat. So schwankt Italien zwischen Abgrenzung und Integration, zwischen Verfassungspatriotismus und Nationalismus. Der Frage „Existiert Italien?“ widmete die renommierte Politik-Zeitschrift „Limes“ kürzlich ein ganzes Heft. Die Antwort lautete: „Es hängt von uns Italienern ab.“ Nicht nur am 2. Juni.

---

**AUTORIN: BIRGIT SCHÖNAU**

*Jahrgang 1966, ist Italien-Korrespondentin der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“. Sie berichtet nach dem Studium der Journalistik und Geschichte in Dortmund seit vielen Jahren aus Rom und hat mehrere Bücher über Italien verfasst.*

---



# Grenzgänge

Eiche mit halbvergrabenem Grenzstein bei Bieste an der ehemaligen Grenzlinie zwischen Oldenburg und Hannover

## Im Süden Oldenburgs kann man verwitterte Grenzsteine finden – hier endete das Großherzogtum, dort begann das Königreich Hannover. Dabei ist hier eigentlich gar nicht Oldenburg. Verwirrend.

**W**ir sind durchs Oldenburger Land gefahren, haben es durchquert bis an seine Peripherie im Süden; ein imaginäres Wesen, das nur noch in den Köpfen derer existiert, die die Selbständigkeit des alten Großherzogtums und Freistaats als bedeutsamen Teil der Geschichte hochhalten. Manche schreiben heute noch ein „i. O.“ hinter die Ortsnamen – „i. O.“ für „in Oldenburg“.

Als wir fast an seinen äußersten Rand gelangten, sahen wir etwas Überraschendes.

Hinter der Autobahnabfahrt Neuenkirchen-Vörden mündet die Straße auf einen Kreisel, wie sie jetzt überall gebaut werden, damit der Verkehr im Flusse bleibt. Dieser Kreisel aber ist besonders: Aus seiner Beetmitte wächst ein zweimannhoher Schriftzug empor. Fast ein bisschen zu groß, zu affirmativ, als müsste hier etwas extra laut kundgetan werden, weil es so selbstverständlich gar nicht ist: NIEDERSACHSEN-PARK. So haben sie den anliegenden Gewerbepark genannt Hier, im ehemals Oldenburgischen.

- \_ Überraschend, wieso? Sind die denn hier keine Niedersachsen?*
- \_ Naja, schon. Aber sie waren es nie so richtig. Wollten auch mal weg von Niedersachsen, hin zu Westfalen oder zurück ins Land Oldenburg, das sollte wiedererstehen. 1975 gab es sogar eine Volksabstimmung, und hier waren ganz viele dafür.*
- \_ Zurück ins Land Oldenburg?*
- \_ Ja, das war hier früher Oldenburg. Hier irgendwo muss die Grenze zu Hannover gewesen sein.*
- \_ Lass' sie uns suchen.*
- \_ Ich weiß nicht, ob man die noch sieht. Vielleicht ist sie noch in den Köpfen. Mal sehen.*

Niedersachsen, ein Land ohne Bindestrich, jedenfalls nicht im Namen, in sich selbst aber schon. Es ist ein Kunstprodukt, auf dem Papier entstanden am 8. November 1946 qua Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung. Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe gingen darin auf. Damit taten sich einige schwer; die alten Oldenburger auf jeden Fall, die Süd-Oldenburger noch mehr.

In Neuenkirchen. Eine Kirchturm ragt auf. Mann und Frau und Jagdhund laufen in seinem Schatten durch den Ort.

- \_ Entschuldigung, Neuenkirchen, wozu gehört das?*
- \_ (er) Zu Oldenburg. Landkreis Vechta.*
- \_ Wir suchen die frühere Grenze zu Hannover. Wo lief die entlang?*
- \_ Fahren Sie nach Bieste, der Ort wurde geteilt. Hannoversch-Bieste und Oldenburgisch-Bieste. Richtung Bersenbrück, Sie können es nicht verfehlen.*

- \_ (ein Nicken hin zum Kirchturm) Hier ist man katholisch?*
- \_ (er und sie) Ja. Da gehören wir zu Münster.*

Münster und Oldenburg, der religiöse und politische Bezugspunkt einer Region. Hier fallen sie zusammen. Oldenburger Münsterland heißt die Gegend, der Name baut die Brücke, bis heute.

Es beginnt Jahr 1803. In Regensburg wird am 25. Februar das Reich neu gegliedert; die geistlichen Territorien werden weltlich gemacht. Das kleine Herzogtum Oldenburg verliert den einträglichen Weserzoll, dafür wird es mit den bis dahin zum Niederstift Münster gehörenden Ämtern Vechta und Cloppenburg entschädigt. Das Land wächst um ein gutes Drittel seiner bisherigen Größe, aber den protestantischen Landesherrn Peter Friedrich Ludwig freut das nicht so sehr. Er hätte den Zoll gerne behalten, anstatt seinen Besitz um ein ödes Land voller Katholiken zu erweitern. Er nimmt es schließlich an, am 30. Juni 1803 unterzeichnet er das Patent zur Besitznahme der beiden bisherigen Münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg, die er damit „als unzertrennliche Bestandtheile des Herzogthums Oldenburg demselben incorporiret“. Knapp drei Wochen später schickt er zwei seiner Hofbeamten in den neuen Süden seines Landes, damit diese die Inbesitznahme vollziehen und den Eid der Untertanen entgegennehmen. Für den Etatsrat Johann Conrad Georg und den Kanzleiassessor Christian Ludwig Runde wird die Reise ein Volksfest, so fröhlich, wie sie es selbst wohl kaum erwartet haben werden.

Man wusste wenig über die Neuen. Die neuen Landes- teile lagen abgetrennt hinter einem breiten Saum aus Moor und Heidefläche. Eine andere Welt war das – und die, die darin wohnten, hatten jahrhundertlang in einem geistlich regierten Staat gelebt. Nun waren sie – ohne gefragt zu werden – einem protestantischen Landesherrn zugeteilt worden. Georg und Runde werden mit Skepsis gekommen sein, aber sie wurden jubelnd empfangen. Bereits an der Amtsgrenze zu Vechta erwartete man sie und geleitete sie in die Stadt. Die Glocken läuteten, Kanonen feuerten Salutschüsse; Runde und Georg durchritten 14 Triumphbögen, ehe sie ihre Unterkunft erreichten. Vechtas Stadtsekretär Schöne notierte einen ausführlichen Bericht der Huldigungsfeier: Nach der Eidesleistung der „Magistratspersonen, Gerichtsbedienten, Obervögte und Kirchspielvorsteher“ und einer Rede des Amtsdechanten Has- kamp böllerten wieder die Kanonen und läuteten die Glocken, bis die „herzoglichen Bedienten“, die „Deputirten“ aus den Kirchspielen und die „Honoratioren aus der Stadt“ an einer festlichen „Tafel von mehreren Gedecken“ speisen durften. Am Abend „war Ball, und die errichteten Ehrenbogen waren die ganze Nacht hindurch erleuchtet“.

## Ereignisse in zeitlicher Reihenfolge

**1803**

Neugliederung des Reiches. Das Herzogtum Oldenburg verliert den Weserzoll, enthält als Entschädigung die Ämter Vechta, Cloppenburg und Wildeshausen

**1815**

Erhebung zum Großherzogtum

**1866**

Deutscher Krieg

**1918**

Der Freistaat Oldenburg entsteht

**1932**

Absolute Mehrheit für die Nationalsozialisten im Oldenburgischen Landtag

**1956**

Forderung nach einem Volkentscheid für die Wiederherstellung des Landes Oldenburg



Herzogtum Oldenburg, von 1945–1978 Verwaltungsbezirk Oldenburg

Da kamen also Katholiken und Protestanten zusammen, damals nicht die besten Voraussetzungen für ein gedeihliches Miteinander. Zwar waren die katholischen Süd-Oldenburger froh, dass sie im Lande des angenehm liberalen Peter Friedrich Ludwig untergekommen waren; doch die überschäumende Freude hatte andere Gründe – sie war der Abneigung gegen Preußen geschuldet. Dessen Truppen hatten das Fürstbistum Münster, zu dem die Ämter Vechta und Cloppenburg gehörten, 1802 besetzt und sich dort unbeliebt gemacht. Im Jahr zuvor war der letzte Fürstbischof, Max Franz, gestorben, dem Nachfolger verweigerten die Preußen die Anerkennung. Preußen galt als Vormacht eines besonders gestrengen Protestantismus. Preußen kam mit Soldaten. Preußen waren Landbesetzer. Mit denen wollte man auf keinen Fall etwas zu tun haben. Auch nicht mit Hannover, das als Königreich wenige Jahre später zum direkten Nachbarn wurde und ähnlich verdächtig war wie Preußen.

Jahrzehnte später verfestigte sich das Gefühl noch, auf der richtigen Seite gelandet zu sein: 1866 führte das ungeliebte Preußen Krieg gegen den Deutschen Bund, nachdem es widerrechtlich das von den Österreichern kontrollierte Herzogtum Schleswig besetzt hatte. Die meisten deutschen Staaten hielten zu Österreich, darunter auch Hannover und Hessen. Sie wurden bitter bestraft: Die siegreichen Preußen annektierten fast ganz Norddeutschland, das stolze Königreich Hannover wurde preußische Provinz. Oldenburgs Großherzog Nikolaus Friedrich Peter dagegen verbündet sich mit Preußen, läßt seine Truppen an dessen Seite gegen Österreich und seine Verbündeten kämpfen – und darf, quasi als Lohn, selbständig bleiben, nun allerdings vom großen Preußen komplett umgeben. Für Oldenburgs Katholiken hieß das: Sie konnten weiter unbesorgt in dem kleinen Land leben; selbst vom Kulturkampf – der Auseinandersetzung Preußens mit der katholischen Kirche – blieben sie verschont. Die Grenzsteine beschützten sie.

Auf der Straße nach Bersenbrück. Glatter Belag, schnurgerade, frisch gepflanzte Straßenbäumchen fliegen rechts und links entlang. Man will schnell fahren, aber so sieht man die Grenzsteine nicht – wenn welche da sind. Links der Straße sehen wir die Gaststätte Horneburg. Alte Leute kommen zusammen, es ist Kaffeezeit, das ist gut. Die können helfen.



1975

Volksabstimmung über Gründung des Landes Oldenburg

1976

Ablehnung der Neugründung durch den Bundestag

1978

Ablehnung der Klage der Landkreise Vechta und Cloppenburg vor dem Bundesverfassungsgericht

2005

Auflösung der Bezirksregierung Weser-Ems



- \_ Guten Tag. Wir suchen die frühere Grenze zwischen Oldenburg und Hannover.
- \_ (ein Alter mit zwei Gehstöcken) Die is nich weit. (Er weist mit einem Stock zur Straße.)
- \_ Das heißt, wir sind hier auf der hannoverschen Seite?
- \_ Richtig. Hier is Hannoversch-Bieste, drüben Oldenburgisch-Bieste.
- \_ Sind Sie aus Oldenburg?
- \_ Jau.
- \_ Merkt man noch etwas von der Grenze?
- \_ Heute nich mehr, aber wir wissen, dass es sie gab.
- \_ Kennen Sie die Oldenburger Hymne? Singen Sie die noch, und die auf der anderen Seite singen eine andere?
- \_ Mein Vater ... die sangen früher die Oldenburger Hymne, die Biester von hier das Hannover-Lied.
- \_ Stehen irgendwo noch Grenzsteine?
- \_ Immer der Straße nach, nach dem zweiten Haus auf der rechten Seite.

Dann muss er los. Im Gasthaus ist Altentreff vom Biester Chor. Bieste hannoversch und oldenburgisch schmetterten längst gemeinsam. Aber der Ort nennt sich immer noch: Geteilte Bauernschaft Bieste.

Keine 500 Meter weiter: der Grenzstein. Graue und gelbliche Flechten krallen sich ins Gestein, von unten wächst Moos empor. Zur Straße hin das hannoversche H, auf der Rückseite die laufende Nummer, 112, und das oldenburgische O, darunter die Jahreszahl 1842.

### Hier war Grenze. Ausland, mitten in Deutschland.

Der nächste Stein an einem Feldweg, ein Zufallsfund, man muss schon genau hinsehen. Halb verbuddelt reckt er am Schaft einer alten Eiche seinen halbrunden Kopf heraus. Es ist die einzige Eiche weit und breit. Ein Grenzbaum, der einen Stein gebiert. Der nächste ist nicht weit entfernt, hinter dem Acker. Die Furchen sind so sauber gezogen, eine von ihnen könnte die Grenzlinie sein.

Hier verrichtete Albert Philibert Freiherr von Schrenck sein Werk, der Grossherzoglich Oldenburgische Vermessungs=Director und Ober=Cammerrath, als der er auf seinen Landkarten benannt wird. In diesen Wiesen baute er den Theodoliten auf, wie er es

bei Gauß in Göttingen gelernt hatte, und warf Dreiecke übers Land. Kräftige Männer wuchteten die Steine ins Erdreich. Präzise musste die Grenze sein; Streitigkeiten hatte es jahrhundertlang gegeben in der Gegend. Fortan sollte das nicht mehr so sein.

Grenzsteine überdauern die Jahrzehnte. Sie haben die Zeiten an sich vorbeiziehen sehen. Die Linien dazwischen blieben, lange noch. Das Oldenburger Münsterland bildete sich heraus, ein Oldenburg-Bewusstsein entstand, weil die übergeordnete Einheit, die Schutz und freie Entfaltung bot – das Großherzogtum – bestehen blieb. Selbst über 1918 hinaus noch als Freistaat. Dann kam die düsterste Zeit. Am 29. Mai 1932 gewinnen die Nazis die absolute Mehrheit im Landtag. Gewählt vor allem von den Nord-Oldenburgern. Die Katholiken im Süden bleiben standhaft, wählen Zentrum. Darauf sind sie stolz, zu Recht, bis heute. Kollektiv ist ihnen die Erinnerung an 1936, als die Nazis ihnen die Kreuze in den Klassenzimmern verbieten wollten, da hatte der Kultusminister Pauly die gelebte Toleranz der bisherigen Regierungen ins krasse Gegenteil verkehrt. Die Süd-Oldenburger hatten ihren Schutzschild verloren. Jetzt hatte es sich ins Negative gewendet, zu Oldenburg zu gehören.

Deshalb nach dem Krieg, im Chaos um die Neugliederung Deutschlands: Süd-Oldenburgs Landkreise votieren für den Anschluss an Westfalen. Nicht aus Abneigung gegen Oldenburg – aber das Land, das Schutzschirm war, existiert nicht mehr. Und Niedersachsen ist Hannover, gefürchtet als preußischer Nachfolgestaat. Dann schon lieber Westfalen. Katholisch und nahebei.

Dazu kam es nicht, das Oldenburger Münsterland wurde mit Oldenburg ein Teil Niedersachsens, fühlte sich dort aber lange nicht zu Hause. Zwar wurde Oldenburg Verwaltungsbezirk und sicherte sich so etwas Selbständigkeit – die auch den Bestand der konfessionellen Volksschulen garantierte, die vor allem den Münsterländern so wichtig waren. Trotzdem sah der Bischöfliche Official Heinrich Grafenhorst, als Vertreter des Bischofs von Münster für die Oldenburger zuständig, von katholischer Warte aus „weder rechtliche noch psychologische Bindungen an Hannover“. Nur folgerichtig kam 1956 die Forderung nach einem Volksbegehren zur Wiederherstellung des Landes Oldenburg. 13% der Wahlberechtigten im Verwaltungsbezirk stimmten dafür, die meisten in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg. Das reichte.

Erst am 19. Januar 1975 hatten die Oldenburger dann darüber abzustimmen, ob sie im Land Niedersachsen verbleiben wollten oder ob „das frühere Land Oldenburg als selbständiges Land wiederhergestellt wird“. Der aktuelle Streit entzündete sich an der Gebietsreform, die die sozial-liberale Landesregierung im fernen Hannover plante. Das Land sollte schlanker, vor allem sollten Landkreise zusammengelegt werden. Vorerst zum letzten Mal brandete da das Kleinstaatenentum wieder auf. „Hände weg vom Landkreis Vechta“, schrieten sie dort, weil er mit Cloppenburg zusammengelegt werden sollte. Wieder waren es die südlichen Landkreise, die so überwiegend pro Oldenburg stimmten – in Vechta 62,6%, in Cloppenburg 52,8% –, dass am Ende 31% der Abstimmungsberechtigten das kleine Land wiederhaben wollten, 6% mehr als notwendig gewesen wären. In der Stadt Oldenburg waren nicht mal 20% dafür.

Aus dem Sprung in die Eigenstaatlichkeit wurde nichts. Per Gesetz entschied der Deutsche Bundestag, dass der Verwaltungsbezirk Oldenburg beim Land Niedersachsen verbleiben solle. Eine Klage der Landkreise Vechta und Cloppenburg sowie einiger Regionalpolitiker vor dem Bundesverfassungsgericht wurde am 1. August 1978 abgewiesen. Weder die Kreise noch die Politiker seien befugt, „etwaige Rechte des ehemaligen Landes Oldenburg gegen den Bund gerichtlich geltend zu machen“.

So endeten Träume, so verschwammen physische Grenzen, die längst nicht mehr existierten, wieder im Reich der Phantasie. So verblasste ein Land.

War es das nun mit Oldenburg? Die Stadt selbst durfte noch eine Zeit lang das Gefühl haben, wenigstens ein bisschen Hauptstadt zu sein. Bis 1978 saß der

Präsident des Verwaltungsbezirks samt Apparat in den ehemaligen Regierungsgebäuden des Großherzogtums, bis zu ihrer Auflösung 2005 residierte dort die Bezirksregierung Weser-Ems. Einige waren über deren Ende traurig, hielten Oldenburgs Zukunft mit dem Verlust der Mittelbehörde für vergangen. Seitdem bleiben nur noch die evangelische Landeskirche, die IHK und Handwerkskammer und das Bischöflich Münstersche Offizialat als weltweit einmaliges katholisches Kuriosum, die noch so unverändert oldenburgisch sind, wie sie es – fast mag man sagen – immer schon waren. Nicht zu vergessen die Oldenburgische Landschaft, die qua Gesetz verpflichtet ist, an der „Pflege und Förderung der historischen und kulturellen Belange des ehemaligen Landes Oldenburg“ mitzuwirken, die also das blau-rote Fähnlein weiter unermüdlich schwenkt.

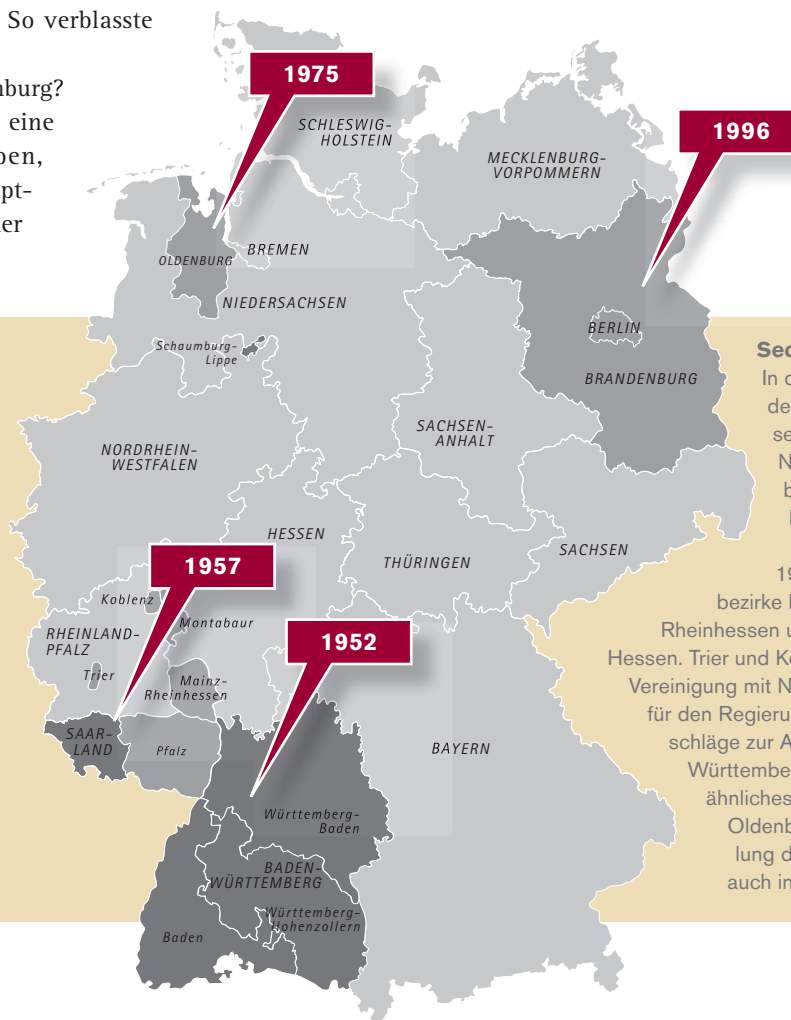
Blau-rot ist auch der Schriftzug des Niedersachsen-Parks bei Neuenkirchen, der das Niedersachsen-Bewusstsein tief ins Süd-Oldenburgische trägt – zumindest auf eine Verkehrsinsel dort – und zugleich einen kleinen Rest des verblichenen Landes ins Heute kehrt.

AUTOR: FELIX ZIMMERMANN

geboren 1974, ist Absolvent der Henri-Nannen-Schule. Er war Lokalreporter und Nahostkorrespondent der „Berliner Zeitung“ mit Wohnsitz in Ramallah. Seit 2005 lebt er als freier Journalist in Oldenburg. Er schreibt u.a. für „die tageszeitung“, „Merian“ und „Die Zeit“.

## Eine Frage des Volkswillens

Im Grundgesetz ist es festgelegt: Wer die Gliederung der Länder der Bundesrepublik verändern will, der muss das Volk befragen. Artikel 29 schreibt hierfür das Plebiszit zwingend vor. Und nicht immer kommt dabei das raus, was die Mächtigen sich so vorgestellt haben.



## Sechsmal ohne Erfolg

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es noch sechs weitere Versuche zur Neugliederung – alle blieben ohne das erwünschte Ergebnis. In Rheinland-Pfalz bemühten sich 1956 die Regierungsbezirke Montabaur und Mainz-Rheinhessen um einen Anschluss an Hessen. Trier und Koblenz strebten eine Vereinigung mit Nordrhein-Westfalen an, für den Regierungsbezirk Pfalz lagen Vorschläge zur Angliederung an Baden-Württemberg oder Bayern vor. Ein ähnliches Volksbegehren wie in Oldenburg zur Wiederherstellung des Landes gab es 1975 auch in Schaumburg-Lippe.

## 1952

### Baden-Württemberg entsteht

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gründeten die Alliierten im Südwesten Deutschlands die Länder Württemberg-Hohenzollern, Baden und Württemberg-Baden. Die aber waren von Beginn an mit dieser Einteilung unzufrieden. Die meisten Bewohner der Region wünschten einen großen Südweststaat. Nur in Baden bevorzugte man die Teilung in zwei Länder – in sich und den Rest. Es wurde beschlossen abzustimmen, allerdings konnten sich die drei Länderregierungen nicht einigen, wie das geschehen sollte. Also regelte der Bund die Sache: Das Abstimmungsgebiet für das Plebiszit wurde in vier Zonen

eingeteilt. Sollten drei der vier Zonen mehrheitlich dafür stimmen, würde der einheitliche Südweststaat kommen. Nach einem erbitterten Wahlkampf stimmten am 9. Dezember 1951 die Zonen Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern für die Neugründung, die Bewohner der Zone Südbaden mehrheitlich dagegen. Widerstrebend fügten sich die Südbadener dem Votum. Am 25. April 1952 wurde das Land Baden-Württemberg gegründet.

## 1957

### Das Saarland kommt zur Bundesrepublik

Nach dem Ersten Weltkrieg verfügten die Sieger das erste Saarstatut – mit ihm entstand aus Teilen der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz sowie der Saarpfalz das „Saargebiet“. Politisch war es dem Völkerbund unterstellt, wirtschaftlich aber von Frankreich bestimmt. In einer Volksabstimmung am 13. Januar 1935 entschieden sich die Bewohner für einen Anschluss an das Deutsche Reich. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges stellte sich die Frage nach dem jetzt so genannten Saarland erneut. Frankreich wollte die Region eng an sich binden, stieß aber auf den Widerstand der Briten und Amerikaner. Das Saarland wurde zur autonomen Region erklärt, war damit nicht an der Gründung der Bundesrepublik beteiligt und spielte noch 1954 in der Qualifikation zur Fußball-WM mit einer eigenen Nationalmannschaft gegen die Westdeutschen.

Mit dem zweiten Saarstatut von 1954 strebte man erneut eine internationale Verwaltung des Saarlandes an. Als Kernzelle der großen europäischen Idee sollte es dem Kommissariat durch die Westeuropäische Union unterstellt werden. Tatsächlich planten die Verantwortlichen schon den Bau von diversen europäischen Einrichtungen, die sich heute in Brüssel und Straßburg befinden. Die Saarländer hielten von der Idee nicht so viel und stimmten in der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 gegen die Europäisierung – ein Votum, das als Wunsch nach Anschluss an die Bundesrepublik gewertet wurde. 1957 war es dann soweit: Das Saarland trat politisch dem Bundesgebiet bei, 1959 dann auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

## 1996

### Die Fusion von Berlin und Brandenburg scheitert

Wiedervereinigtes Deutschland: Die Regierungen von Brandenburg und Berlin sind sich einig. Sie streben ein neues Land Berlin-Brandenburg an. Die Trennung von Metropole und Flächenstaat schien nicht mehr gerechtfertigt, schließlich war Berlin historisch seit dem Mittelalter Teil der Mark Brandenburg, später Hauptstadt und Teil Preußens. Die politische Eigenständigkeit Berlins als Land war das Ergebnis der Aufteilung Deutschlands durch die Alliierten. Im Gegensatz zu Hamburg oder Bremen ist Berlin also kein traditioneller Stadtstaat und mit dem Umland eng verbunden. Entsprechend stark identifiziert sich ein Großteil der Berliner auch mit Brandenburg und steht einer Zusammenführung positiv gegenüber.

Am 5. Mai 1996 hieß es JA oder NEIN, Berlin-Brandenburg oder weiterhin Berlin und Brandenburg. In beiden Ländern mussten mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten teilnehmen und jeweils mit absoluter Mehrheit JA stimmen, sonst bliebe alles beim Alten. Während die Berliner für das neue Land stimmten, lehnten die Brandenburger es deutlich ab. Die Volksabstimmung über Berlin-Brandenburg war der bisher letzte Versuch, eine Neugliederung der Länder in der Bundesrepublik zu erwirken.



Otto Dix: Prager Straße (1920). Dix lebte von 1909 bis 1922 in Dresden. Er galt als kritischer Beobachter der sozialen Verhältnisse.

# Das rote Sachsen

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde nicht nur die Weimarer Republik gegründet, auch in den Ländern traten an die Stelle der Monarchien demokratische Regierungen. Sachsen versuchte seinen eigenen Weg zu gehen – doch dieser Weg war alles andere als einfach.

**D**a hing nun also die rote Fahne hoch über dem Dresdner Schloss und markierte eine historische Zeitenwende. Die Revolution hatte gesiegt, auch in Sachsen. Nach dem Kieler Vorbild hatten am 6. November die Soldaten der Fliegerkaserne in Großenhain rebellierte. Zwei Tage später entwaffneten Arbeiter in Leipzig die Polizei, in Chemnitz riefen sie die „sozialistische Republik“ aus. Schließlich erfassten die Proteste auch die Hauptstadt Dresden. Und weil die königlich-sächsischen Beamten zunächst weiterarbeiteten als sei nichts geschehen, notierten sie am Sonntag, den 10. November 1918 pflichtbewusst im Schlossjournal: „Am heutigen Tage wurde auf dem bisherigen Schloss das Banner der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehisst.“ Es war ihr letzter Eintrag. König Friedrich August III. war bereits auf der Flucht, drei Tage später dankte er ab.

Das Königreich Sachsen war Geschichte geworden, genauso wie das Deutsche Kaiserreich von 1871 mit seinen 25 Bundesstaaten. Der Erste Weltkrieg war verloren, das Dreiklassenwahlrecht gehörte der Vergangenheit an.

Wie das Reich erlebte nun auch Sachsen einen Neuanfang. Der König hatte sich nach Siblyenort in Schlesien zurückgezogen, als eine seiner letzten Amtshandlungen hatte Friedrich August III. den Einsatz von Waffen gegen die Protestierenden untersagt. Somit floss in Dresden anders als in Berlin in jenen revolutionären Novembertagen kein Blut. Aber die Zukunft war völlig ungewiss. Und es sollte noch zwei Jahre dauern, bis aus der Monarchie eine Republik, aus dem Königreich der Freistaat Sachsen wurde.

Zunächst allerdings lag die Macht im November 1918 auf der Straße. Wie ein Steppenbrand hatte die Revolution ganz Deutschland erfasst, nicht nur Preußen und die Reichshauptstadt Berlin, sondern unter anderem auch die Königreiche Bayern, Württemberg oder Sachsen. In Städten wie Kiel, Berlin, München oder Dresden hatten nun Arbeiter- und Soldatenräte das Sagen.

Die pure Not hatte die Menschen auch in Dresden tagelang zu Tausenden auf den Altmarkt getrieben. Die Wohnungsnot und der Hunger fachten den Aufstand immer wieder an. Die Kartoffelrationen waren zum Beispiel in Dresden auf 70 % des Vorkriegsniveaus gesunken, die Fettration auf 22%. Statt Fleisch wurde auf die Bezugsscheine häufig nur Mehl ausgegeben. In den Suppenküchen der Stadt, die bis zu 185.000 Portionen am Tag ausgaben, war das Essen ungenießbar geworden. Spontan demonstrierten die Menschen und zwar zunächst unorganisiert. Die linken Parteien sprangen erst spät auf den Protestzug auf. Vorbereitet waren sie nicht darauf, Sachsen zu regieren.

Trotzdem herrschte Aufbruchstimmung, als sich am 10. November 1918 rund 6.000 Delegierte von Arbeiter- und Soldatenräten aus ganz Sachsen im Zirkus Sarrasani in Dresden versammelten. Sachsen wurde rot und Zufall war das nicht.

Seit Beginn der Industrialisierung war das Land die sozialdemokratische Hochburg im Deutschen Reich. In der westsächsischen Textilregion sowie in Leipzig lagen zwei Keimzellen der Arbeiterbewegung. Städte wie Crimmitschau, Freital oder Chemnitz waren schon im 18. Jahrhundert sozialdemokratisch



Das neugewählte sächsische Ministerium 1919, v.l.n.r. Innenminister Uhlig, Arbeitsminister Heldt, Ministerpräsident Gradnauer, Finanzminister Nitzsche, Wirtschaftsminister Schwarz, Kultusminister Buck, Kriegsminister Kirchof (stehend), Justizminister Harnisch

dominiert. Auf dem Höhepunkt ihres Erfolges errang die SPD bei der Reichstagswahl 1903 in Sachsen 58,8% der Stimmen. Doch erst jetzt, wo das Reich in Trümmern und das Industrieland Sachsen wirtschaftlich am Boden lag, schlug die Stunde der sächsischen Sozialdemokratie.

Die Debatte unter dem Dach des Zirkus wogte zwischen Räteherrschaft und Demokratie, zwischen Verteidigung der Revolution und parlamentarischer Neuordnung hin und her. Kommunisten und Spartakisten sowie die in Unabhängige und Mehrheitssozialdemokraten gesplante Sozialdemokratie rangen untereinander und gegeneinander um Autorität und Einfluss. Allerdings waren bolschewistische Töne nur vereinzelt zu hören. Der Mehrzahl der Protestierenden war nicht nach Diktatur des Proletariats und Sowjetmacht. Vielmehr galt es zunächst, die Ordnung in Sachsen wiederherzustellen und die Menschen zu versorgen. Schließlich gab es nur noch für acht Tage Lebensmittel.

Praktisches Handeln war also gefragt, auch deshalb konnte sich die einflussreiche Mehrheits-SPD, die schon Anfang November zwei Minister in die noch königliche Regierung abgestellt hatte, an die Spitze der Revolution setzen.

Die sächsischen Aufständischen folgten somit dem Berliner Vorbild. Nur einen Tag, nachdem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann dort die Republik ausgerufen hatte, forderten am 10. November nun auch in Dresden rechte und linke Sozialdemokraten gemeinsam Wahlen zur Nationalversammlung. In der sächsischen Revolutionsregierung, dem „Rat der Volksbeauftragten“, der am 14. November in Dresden eingesetzt

wurde, teilten sich je drei Vertreter von SPD und der linken Abspaltung USPD die Macht. Aber alsbald wurde klar: Die Mehrheitssozialdemokraten waren die wesentlich stärkere politische Kraft. Bei den ersten freien und gleichen sächsischen Landtagswahlen am 2. Februar 1919 kam die SPD auf 41,6% die USPD auf 16,3%. Die drei bürgerlichen Parteien, die liberale Deutsche Demokratische (DDP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und die konservativ-monarchische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) kamen zusammen nur auf 41,2%. Der Adel, das Großbürgertum sowie die Berufsoffiziere und damit die gesamten alten Eliten, die für einen mörderischen und nun verlorengegangenen Krieg verantwortlich waren, hatten abgewirtschaftet.

Es begann eine Zeit des Überganges, die vor allem von einem Politiker geprägt wurde: von Georg Gradnauer. Der Historiker, Philosoph und Journalist Gradnauer war einer der politisch erfahrensten sächsischen Sozialdemokraten, hatte diese bereits im Reichstag vertreten. Nur passte der Spross einer bildungsbürgerlichen Kaufmannsfamilie so gar nicht in das proletarische Arbeitermilieu. Trotzdem wurde Gradnauer im März 1919 erster frei gewählter sächsischer Ministerpräsident an der Spitze einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, unterstützt von der USPD. Er setzte auf die Konsolidierung des Staatsapparats und die Schaffung demokratischer Verhältnisse. Revolutionärer Eifer war seine Sache nicht. Allen Beamten, die sich der neuen Regierung gegenüber loyal verhielten, garantierte er ihre Privilegien. Gradnauer hatte sich schon im Kaiserreich in seiner Dissertation mit der repräsentativen Demokratie

# An die sächsische Bevölkerung!

## Der militärische Ausnahmezustand ist aufgehoben.

Damit übernimmt die sächsische Regierung wieder die Verfügungsgewalt über das Polizeiwesen des Landes.

Die Regierung ist entschlossen, Handel und Wandel, Arbeit und Unternehmungsfreudigkeit tatkräftig zu fördern und richtet an die gesamte Bevölkerung die ernste Bitte, sie in diesem Bestreben zu unterstützen.

Wo erneut versucht werden sollte, durch Unruhen oder Gewalttätigkeiten die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung zu gefährden, wird die Regierung die Machtmittel des Staates zum Schutze der gesamten Bevölkerung anwenden.

Unruhen und gewaltsame Störungen des Wirtschaftslebens schädigen in erster Linie und am nachteiligsten die wirtschaftlich schwachen Teile unseres Volkes. Es halte sich deshalb jeder von Gewalttätigkeiten fern und bemühe sich, an der völligen Gesundung des allmählich wieder aufblühenden Wirtschaftslebens zu seinem Teile mitzuarbeiten.

Dresden, den 1. März 1924.

### Das Gesamtministerium für den Freistaat Sachsen.

Selbt, Ministerpräsident.

Max Müller, Innenminister. Dr. Reinhold, Finanzminister.

Glöner, Arbeitsminister. Wünger, Justizminister.

Dr. Anjer, Volksbildungsminister. Hermann Müller, Wirtschaftsminister.

Druck von Robert A. Kopp, Dresden

beschäftigt und vor dem ersten Weltkrieg als Reichstagsabgeordneter für parlamentarische Gleichberechtigung gekämpft. Nun sah er die Chance für die parlamentarische Demokratie gekommen, im Reich genauso wie in Sachsen. Der Idee einer sächsischen Räterepublik hingegen, der nach dem bayerischen Vorbild vor allem die Kommunisten und Teile der USPD anhängen, misstraute er zutiefst.

Dabei war zunächst nicht einmal sicher, ob das Land Sachsen überhaupt weiter existieren würde. Denn es gab auch hier viele Anhänger einer sozialistischen deutschen Reichsrepublik, die bereit waren, das Land Sachsen zu Gunsten eines Zentralstaates zu liquidieren. Gradnauer hielt dagegen, entpuppte sich als überzeugter Föderalist und fand vor allem in den Ministerpräsidenten der vier Südländer engagierte Mitstreiter, die in Berlin auf der Erneuerung der „Mitbestimmungsrechte“ der Länder beharrten. So entstand aus den Trümmern des Kaiserreiches nicht nur die Weimarer Republik, sondern es etablierten sich gleichzeitig die Republik Baden, der Volksstaat Hessen, der freie Volksstaat Württemberg und Freistaaten wie Bayern oder Sachsen.

Doch nur formal bekam die Weimarer Republik eine föderale Ordnung. Die Reichsverfassung, die am 11. August 1919 als erste demokratische Verfassung in Deutschland verabschiedet wurde, trug stark zentralistische Züge. Die Länder verloren viele Zuständigkeiten, waren keine unabhängigen Staaten

mehr. Sachsen durfte keine Außenpolitik mehr betreiben, musste seine Armee und die Kontrolle über das Verkehrswesen abgeben, auch die Finanzgesetzgebung und damit die Festsetzung von Steuern wurde weitgehend eine Angelegenheit des Reiches. Die Länder waren somit beinahe komplett entmachteter. Darüber konnte auch der Reichsrat, ein Vorläufer des heutigen Bundesrates, nicht hinwegtäuschen. Er hatte bei der Gesetzgebung nur schwache Vetorechte.

Die Reichsregierung hingegen durfte sich fast nach Belieben in die Belange der Länder einmischen und sogar Landesregierungen absetzen. Vor allem der Artikel 48 gab der Zentralgewalt nahezu uneingeschränkte Macht über die Länder. Und die Tatsache, dass der Reichspräsident fortan die Länder unter Einsatz des Militärs zu verfassungstreuem Verhalten zwingen konnte, sollte Sachsen schon bald schmerzhaft zu spüren bekommen.

Bekanntmachung  
der Gesamtregierung  
des Freistaates  
Sachsen vom  
1. März 1924 zur  
Aufhebung des  
militärischen Aus-  
nahmezustandes



Unterstützt von der USPD machten sich die Sozialdemokraten an den Aufbau ihres Landes. Einfach war das nicht. Der Freistaat bekam zunächst eine vorläufige Verfassung. Zwar kehrte das Leben in die Städte zurück. Von einer „wahren Tanzwut“ berichteten die Zeitungen. Dresden wurde nach dem Krieg ein Zentrum avantgardistischer Künstler. Die „Dresdener Session Gruppe 1919“ zog expressionistische und gesellschaftskritische Maler wie Otto Dix oder Oskar Kokoschka an.

Doch die wirtschaftliche und soziale Situation blieb angespannt, die sächsische Industrie hatte große Schwierigkeiten an die Vorkriegsentwicklung anzuknüpfen, vor allem der Export stockte weiterhin. Die Reallöhne sanken unter das Vorkriegsniveau, die Inflation fraß die Ersparnisse auf. Die unzufriedenen Arbeiter demonstrierten nun aber nicht mehr gegen den Klassenfeind, sondern gegen die regierenden Genossen von der SPD. Im Frühjahr 1919 kam es zur Konfrontation, die Feindseligkeiten zwischen Sozialdemokraten und radikalen Linken nahmen zu. Gleichzeitig sammelten sich die Monarchisten, ehemalige Soldaten gründeten Freikorps. Es kam zu Streiks, gewalttätigen Protesten und Plünderungen. Es gab viele Tote, der sächsische Kriegsminister wurde von Kriegsversehrten misshandelt und ermordet. Mehrfach rief die SPD-Regierung nun die Armee und die Freikorps zur Hilfe und ging mit Gewalt gegen die radikalen Genossen vor. Die Räterepublik Leipzig wurde zerschlagen, Chemnitz militärisch besetzt. Sachsen stand am Rande eines Bürgerkrieges. Die Republik hatte nicht viele Freunde.

Gradnauer und seine Minderheitsregierung standen unter Druck. Die Basis drängte nach links, forderte Verstaatlichungen.

Der Ministerpräsident hielt davon gar nichts, listig verwies er darauf, dass Enteignungen in die Kompetenz der Reichsregierung fielen. Ein Sozialisierungsamt richtete er nur ein, um seine Genossen hinzuhalten. Gleichzeitig jedoch versuchte Gradnauer, sich aus der Abhängigkeit von der USPD zu befreien. Im Oktober 1919 bildete er mit seinem Wunschpartner, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) eine sozial-liberale Koalition.

Lange hielt das Bündnis nicht. Eine Landesverfassung, die sich eng an die Reichsverfassung anlehnte, konnte Gradnauer noch auf den Weg bringen. Einstimmig und in ungewohnter Einmütigkeit wurde die Verfassung des Freistaates Sachsen am 26. Oktober 1920 schließlich von linken und bürgerlichen Parteien im Landtag verabschiedet. Doch an diesem Tag war der Gründungsvater des Freistaates und seiner republikanischen Verfassung bereits von den eigenen Leuten gestürzt worden.

Der radikale Flügel der eigenen Partei misstraute Gradnauers Versuch Brücken ins bürgerliche Lager zu schlagen. Viele Genossen verziehen ihm die Toten nicht, die es bei der Niederschlagung von Arbeiterprotesten 1919 vor allem in Chemnitz gegeben hatte. Der Sozialdemokrat trat im April 1920 verbittert ab, die „Eroberung der Macht“ hatte er sich anders vorgestellt. Er sprach von der „übelsten Erbschaft“ und von der „unlösllichen Aufgabe“ in Sachsen „aus Niederlagen und aus menschlichem Elend schnell eine bessere Welt aufzubauen“.

Die Widrigkeiten der Realpolitik hinterließen bei der SPD ihre Spuren. Bei der folgenden Landtagswahl im November 1920 büßte sie 15 Prozentpunkte ein. Gleichzeitig zog erstmals die KPD in das Landesparlament ein.





**links:** Revolutionäre Arbeiter werden 1921 in Eisleben von der Polizei abgeführt  
**Mitte:** Die Reichswehr marschiert 1923 in Dresden ein, um die linke Koalitionregierung abzusetzen  
**rechts:** Maschinen-gewehrposten der Reichswehr in Freiberg in Sachsen 1923

Im Krisenjahr 1923 schließlich wurde ganz Deutschland von Hyperinflation und Wirtschaftskrise, Streiks und Regierungskrisen erfasst. An vielen Orten des Reichs herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Ins Ruhrgebiet waren die Franzosen einmarschiert, in Bayern hatte die rechtskonservative Regierung den Notstand ausgerufen, um eine Diktatur zu errichten. Im Rheinland riefen Separatisten eine eigene Republik aus. Zugleich bereitete sich die KPD auf einen Aufstand vor und rekrutierte überall im Reich bewaffnete „proletarische Hundertschaften“. Die Weimarer Republik wurde von linken und rechten Demokratiefreunden angegriffen und drohte zu zerfallen. Auch in Sachsen spitzte sich die politische Lage dramatisch zu.

Die sächsische SPD, die sich mittlerweile wieder mit der USPD vereint hatte, radikalisierte sich und suchte das Bündnis mit den Kommunisten, um die Spaltung der Arbeiterbewegung zu „überwinden“. Unter dem Ministerpräsidenten Erich Zeigner trat im Oktober 1923 die KPD schließlich in die sächsische Landesregierung ein. Das nahm Berlin zu Anlass, gegen den Freistaat und die rote Landesregierung einzuschreiten.

Eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten wollten der nationalliberale Reichskanzler Gustav Stresemann und der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert unter keinen Umständen akzeptieren. Sie befürchteten einen aus Moskau gesteuerten Umsturz, der von Sachsen aus das ganze Reich erfassen könnte, und griffen auf jenen Artikel 48 der Weimarer Verfassung zurück, der sich ein paar Jahre später als Achillesverse der Republik entpuppen sollte. Am 21. Oktober

1923 ordneten sie die Reichsexekution an. Sachsen wurde von der Reichswehr besetzt, die Regierung von einem Reichsexekutor übernommen. Acht Tage später verfügte Ebert die Absetzung seines Parteifreundes Zeigner. Die sächsischen Arbeiter leisteten keinen Widerstand. Beim rechten Kapp-Putsch 1920 hatten sie noch geschlossen die Arbeit niedergelegt und so maßgeblich zu dessen Niederlage beigetragen. Nun folgte kaum noch jemand dem Aufruf zum Generalstreik.

Das Reich hatte am roten Sachsen ein Exempel statuiert, das auch andere Länder beeindruckte. Mit der Reichsexekution war in dem Freistaat der Versuch gescheitert, einen eigenständigen linksrepublikanischen Weg in einem föderalen Staat zu gehen. Die Republik hatte sich gegen ihre Feinde behauptet. Zumindest auf den ersten Blick. Der Zerfall des Reiches wurde zwar abgewendet, aber nur scheinbar folgten auf das Weimarer Krisenjahr 1923 politische stabile Jahre, denn gleichzeitig begann der Aufstieg der NSDAP.

---

**AUTOR: CHRISTOPH SEILS**

*Jahrgang 1964, ist Politologe und arbeitet seit vielen Jahren als freier Journalist und Publizist in Berlin. Er beschäftigt sich vor allem mit der Entwicklung der Bundespolitik und der Parteien aber auch mit zeitgeschichtlichen Themen. Er schreibt u.a. für „Cicero“, „Die Zeit“, „Der Tagesspiegel“, „die tageszeitung“ und „Frankfurter Rundschau“.*

---

## Die Verfassungsorgane:

# Wer beschließt wie?

	BUNDES RAT	BUNDE STAG	BUNDES VERSAMMLUNG/ BUNDES PRÄSIDENTEN- WAHL	
<b>Wer</b>	Mitglieder der Landesregierungen als Vertreter der Länder	gewählte Volksvertreter mit individuellem Mandat	alle Mitglieder des Bundestages und noch einmal genauso viele Personen, die die Landtage entsprechend der Fraktionsstärken wählen	
<b>Wie viele</b>	69 Stimmen, Stimmenanzahl der Länder reicht – je nach Bevölkerungsanzahl – von 3 Stimmen, z. B. Saarland, bis 6 Stimmen, z. B. Bayern	derzeit 612 Abgeordnete	2009 werden es 1224 sein	
<b>Beschlüsse durch</b>	absolute Mehrheit aller Stimmen, liegt derzeit bei 35 Stimmen	einfache Mehrheit	absolute Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder	
<b>Quorum</b>	nicht definiert	mindestens die Hälfte der Abgeordneten	nicht definiert	
<b>Stimmabgabe</b>	für jedes Land einheitlich, in der Regel durch Handzeichen des Stimmführers	per Handzeichen, per Aufstehen und Sitzenbleiben und bei knappen Entscheidungen per Hammelsprung, außerdem geheime Wahl bei bestimmten Abstimmungen (z. B. Bundeskanzlerwahl), namentliche Abstimmung mit Stimmkarte	–	
<b>Besonderheiten</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– bei Verfassungsänderungen Zweidrittelmehrheit aller Stimmen nötig (derzeit 46)</li> <li>– es werden nur die Ja-Stimmen gezählt</li> <li>– geben Bundesratsmitgliedern eines Landes unterschiedliche Voten ab, werden alle Stimmen als Enthaltung gezählt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– bei z. B. der Bundeskanzlerwahl ist die absolute Mehrheit aller Mitglieder erforderlich</li> <li>– in einem möglichen dritten Wahlgang der Bundeskanzlerwahl wird der Kandidat mit der relativen Mehrheit gewählt</li> </ul>	im dritten Wahlgang wird Kandidat mit der relativen Mehrheit gewählt	

### Glossar

**Hammelsprung:** besonderes Abstimmungsverfahren im Deutschen Bundestag, bei dem die Abgeordneten den Saal verlassen und je nach Stimmabgabe durch eine von drei Türen mit den Aufschriften JA, NEIN, ENTHALTUNG zurückkehren und dabei gezählt werden.

**Einfache Mehrheit:** mehr als die Hälfte aller abgegebenen Ja- oder Nein-Stimmen; Enthaltungen werden nicht mitgezählt. Eine einfache Mehrheit kann also auch von einer Minderheit der Stimmberechtigten erzielt werden.

**Absolute Mehrheit:** mehr als die Hälfte der Stimmen einer vor der Abstimmung definierten Grundmenge, z. B. aller Stimmberechtigten, aller Anwesenden.

	BUNDESREGIERUNG	BUNDESVERFASSUNGS-GERICHT
	Kanzler und vom Kanzler bestimmte Minister, auch Kabinett genannt	jeweils zur Hälfte von Bundesrat und Bundestag gewählte Richter
	Kanzler bestimmt auch die Anzahl der Mitglieder der Regierung, derzeit 16	zwei Senate, jeweils besetzt mit acht Richtern
	Mehrheitsentscheidung im Kabinett (nicht näher geregelt)	absolute Mehrheit der abstimmenden Richter eines Senats, Gleichstand der Stimmen bedeutet Ablehnung eines Antrags
	nicht definiert	mindestens sechs von acht Richtern (Ausnahmefall)
	–	–
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik</li> <li>– jeder Minister ist für sein Ressort verantwortlich (Ressortprinzip)</li> <li>– bei Streitigkeiten zwischen Ministern schlichtet zwar der Kanzler, aber das Kabinett muss insgesamt zu einer Lösung kommen (Kollegialprinzip)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– einige Verfahren erfordern Zweidrittelmehrheit. z.B.: 6 : 2 = Antrag angenommen, 5 : 3 = Antrag abgelehnt</li> </ul>

**Relative Mehrheit:** die meisten Stimmen – nicht notwendigerweise mehr als 50%.

**Quorum:** Zahl der Stimmberechtigten, die für eine gültige Abstimmung mindestens anwesend sein muss.

## IMPRESSUM

# EINBLICK

Ausgabe 2/2009

### Herausgeber

Bundesrat

Öffentlichkeitsarbeit

11055 Berlin

www.bundesrat.de

Redaktion Bundesrat (V.i.S.d.P.): Karin Risse



### Konzeption und Produktion

www.baehr-hollenberg.de

Redaktionsleitung: Ulrich Bähr

Layout: Theresa Robrecht

Autoren: Sven Sonne (S.S.),

Anne Schmidt-Hollenberg (A.S.H.),

Jens Wollmerath (J.W.)

Lektorat: Bettina Liebler

### Druck

www.neuenieswanddruck.de

### Bildnachweis

akg-images 34 (links), 52, Bundesarchiv 55, 56 (links), fotofinder 42–45, sz-photo 23, ullstein 1, 4, 5, 12, 16, 20, 21, 24, 25 (rechts), 32, 34 (rechts), 54, 56 (rechts), 57, Wikimedia Commons, lizenziert unter CreativeCommons-Lizenz by-sa-2.0-de: Valentin Brückel 33, David Liuzzo 35 (unten 2. v. li.), Barbara Aumüller, Staatstheater Darmstadt 40, Klaus Henning Bähr 46, Bayerische Schlösserverwaltung, Opernhaus Bayreuth 41, Stev Bonhage, Staatsoper Hannover 40, Thorsten Fuchs 26–31, Hamburgische Staatsoper 39, Gunther Hartmann, Historische Kuranlagen und Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH 41, Wilfried Hösl, Nationaltheater München 41, Oper Köln 40, Hagen König, Landesbühne Sachsen, Radebeul 41, Marlies Kross, Staatstheater Cottbus 41, Jörg Metzner, Landestheater Neustrelitz 39, Thomas Müller, Deutsches Nationaltheater Weimar 38, Staatstheater Nürnberg 40, Roland Reißig, Meininger Theater 40, Harald Reusmann, Aalto-Theater, Essen 38, Jürgen Ritter 6–11, Carsten Rückert, Staatstheater Cottbus 36–37, Martin Sigmund, Staatsoper Stuttgart 40, Martin Teller (Historiker, Oldenburg) 49 Fethi Temiz 19, Andrea Witte 25 (links), alle Karten: bähr/hollenberg

1849/160

1919/90

1949/60

1989/20

2009